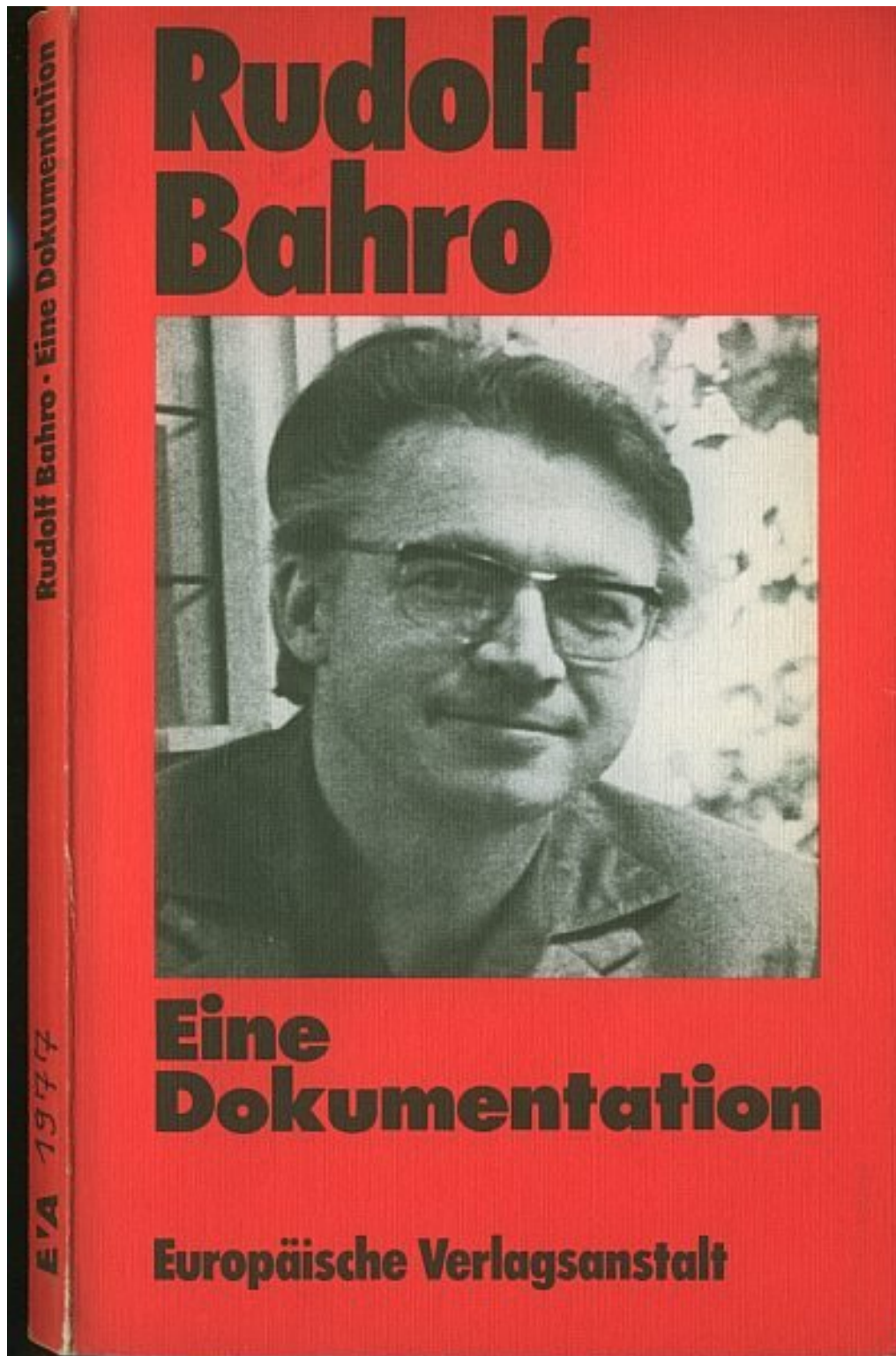




Sechs Vorträge von Rudolf Bahro über das Buch
Die Alternative - Zur Kritik des real existierenden Sozialismus
detopia-2021: Eine knuffige Kurzfassung der Alternative auf 40 Seiten

Einführung	7
<i>Rudolf Bahro</i>	
Zur Kritik des real existierenden Sozialismus – Sechs Vorträge über das Buch »Die Alternative«	9
<i>Rudolf Bahro</i>	
Selbstinterview	56
<i>Rudolf Bahro</i>	
Handgeschriebener Lebenslauf (Faksimile)	74
<i>Rudolf Bahro</i>	
Handgeschriebener Brief an Erich Fromm (Faksimile)	75
Das trifft den Parteiapparat ins Herz. Ein SED-Funktionär kritisiert den DDR-Sozialismus (DER SPIEGEL, Nr. 35/1977)	76
»Gegen sich selbst und gegen das Volk« Rudolf Bahro über die Kommunistische Bürokratie (DER SPIEGEL, Nr. 35/1977)	82
<i>Dirk Sager</i>	
Interview in »Kennzeichen D« (ZDF-Sendung am 23. 8. 1977)	90
<i>Lutz Lehmann</i>	
Interview (ARD-Sendung am 23. 8. 1977)	95
<i>Peter Pragal</i>	
Mit einem Buch das Visier hochgeklappt (Süddeutsche Zeitung vom 24. 8. 1977)	101

Ich will zunächst über Ausgangspunkt und Zielsetzung meines Buches Zur Kritik des real existierenden Sozialismus - wie der ursprüngliche Titel, vielleicht etwas altmodisch, allein gelautes hat - sprechen.

Nun[mehr] ist das der Untertitel. Er erinnert mit voller Absicht an Marxens berühmte Formationsanalyse, besonders an seine Vorstudie zum <Kapital> von 1859, die er Zur Kritik der Politischen Ökonomie nannte.

Ich habe während 10 Jahren nahezu meine gesamte freie Zeit dafür aufgewandt, den real existierenden Sozialismus als Gesellschaftsformation eigenen Typs zu analysieren. Das bisherige Ergebnis mag noch nicht jene Geschlossenheit haben, die Marx zuletzt in seiner Kritik der bürgerlichen Gesellschaft erreichte. Doch der Text muß jetzt an die Öffentlichkeit, selbstverständlich nicht nur außerhalb Osteuropas, nicht nur außerhalb der DDR, so schwer hier die Verbreitung ist. Ich war übrigens von vornherein entschlossen, unter meinem Namen aufzutreten. Eine direkte Herausforderung, wie sie dieses Buch bezweckt, erfordert nicht nur moralisch, sondern auch politisch das offene Visier.

Aus dem revolutionären Prozeß seit 1917 ist eine ganz andere Gesellschaftsordnung hervorgegangen, als seine Vorkämpfer erhofft hatten. Das wissen jetzt eigentlich alle, die unter dieser neuen Ordnung leben. Wenn unsere Zustände offiziell in die alten Marxschen Kategorien gefaßt werden, dann handelt es sich längst um absichtliche Heuchelei, um bewußtes Erzeugen falschen Bewußtseins.

Meine Kritik des real existierenden Sozialismus zielt auf die Begründung einer radikalen, das heißt bis an die ökonomischen Wurzeln gehenden kommunistischen Alternative zu der politbürokratischen Diktatur, die unseren gesellschaftlichen Arbeits- und Lebensprozeß in Fesseln schlägt. Ich mache Vorschläge für die Programmpositionen jenes neuen Kommunistischen Bundes, der nach meiner Überzeugung überall geschaffen werden muß, um den Durchbruch vom »real existierenden« zum tatsächlichen Sozialismus vorzubereiten und anzuführen.

Eine andere Perspektive als die sozialistische, kommunistische gibt es nach meiner Analyse nicht.

Da eine solche Alternative nicht irgendwelche Einzelheiten betrifft, sondern die Umwälzung des ganzen sozialen Zusammenhangs, eben eine Formationsablösung, muß sie in aller Komplexität wenn nicht gleich vollständig ausgeführt, so doch wenigstens umrissen werden.

Der Sozialismus, den Marx und Engels vorausgesehen haben und den Lenin und seine Genossen auch für Rußland zweifellos erhofften, wird kommen. Er muß erkämpft werden, weil er mehr denn je die einzige Alternative zu einer globalen zivilisatorischen Katastrophe ist. Aber er ist noch nirgends in der Welt über erste Ansätze hinausgekommen. Solche Ansätze gibt es, wie mir scheint, zum Beispiel in Jugoslawien. In den anderen osteuropäischen Ländern gibt es sie kaum.

Was Marx unter Sozialismus und Kommunismus verstand, ist den heutigen Kommunisten, **selbst denen, die es wirklich sind, wenig geläufig**. Aber soviel ist immerhin evident, daß die sowjetische und osteuropäische Gesellschaft unvereinbar mit den marxistischen Zielvorstellungen ist. Der real existierende Sozialismus ist - unbeschadet mancher Errungenschaften - gekennzeichnet durch die Fortdauer von Lohnarbeit, Warenproduktion und Geld;
durch die Rationalisierung der alten Arbeitsteilung;
durch eine weit über das Spektrum der finanziellen Einkünfte hinausreichende Kultivierung der sozialen Ungleichheiten;

{detopia-2021: also: "Privilegien", "Nomenklaturkader", "Kader entscheiden alles.", "Staatsjagden", Ferienhäuser, Westwaren, usw.}

durch offizielle Korporationen zur Einordnung und Bevormundung der Bevölkerung;

durch Liquidierung statt Bewahrung und Verwirklichung der in der bürgerlichen Ära von den Massen eroberten Freiheiten (ich erinnere nur an die lückenlose Zensur und an die ausgeprägte Formalität und faktische Irrealität der sogenannten sozialistischen Demokratie).

Er ist weiter gekennzeichnet

durch hauptamtliche Funktionärskader, stehende Armee und Polizei, die alle nur nach oben verantwortlich sind;

durch die Verdoppelung der unförmigen Staatsmaschine in einen Staat- und Parteiapparat;

durch seine Isolierung in den Staatsgrenzen.

Lassen wir es zunächst bei dieser beschreibenden Aufzählung. Die Elemente sind ja bekannt genug. Nicht genügend erkannt ist ihr innerer, genetisch bedingter Zusammenhang. Aber dazu später.

10

Besonders in den entwickelteren Ländern bringt ein System mit solchen Merkmalen den Massen zu wenig wirklichen Fortschritt zur Freiheit. Es bringt ihnen vornehmlich eine andere Abhängigkeit als die vom Kapital. Die Verhältnisse der Entfremdung, der Subalternität haben nur eine Oberflächenschicht eingeüßt; sie dauern auf neuer Stufe an. Und sofern noch

positive Errungenschaften der vorausgegangenen Epoche dabei verlorengehen, ist diese andere Abhängigkeit eben in mancher Hinsicht drückender als die alte. In ihrer jetzigen politischen Verfassung hat diese Ordnung keinerlei Aussicht, die Menschen für sich zu gewinnen. Angesichts der totalen Konzentration der gesellschaftlichen Macht tritt die Bedeutungslosigkeit des Individuums hier sichtlicher und allgemeiner zutage als bei dem Spiel der Zufälle und Wahrscheinlichkeiten an der schillernden Oberfläche des kapitalistischen Reproduktionsprozesses.

Der Koloß, der sich bei uns »Partei-und-Regierung« nennt und der ja die Gewerkschaften usw. einschließt, »vertritt« die von den Klassikern der sozialistischen Idee gemeinte freie Assoziation ebenso, wie in allen früheren Zivilisationen, besonders aber in den ältesten, der Staat die Gesellschaft vertrat. Wir haben eine Staatsmaschine, wie sie Marx und Engels durch die proletarische Revolution zerbrechen wollten, um sie in keiner Form und unter keinem Vorwand wieder auferstehen zu lassen. Dies geht speziell aus ihren Schriften zur Pariser Kommune unwiderlegbar hervor.

Der Staat ist in ihren Augen - und nun folgen lauter Originalausdrücke - ein Schmarotzerauswuchs, ein Ungeheuer, eine Boa constrictor, die die lebendige Gesellschaft umklammert, eine übernatürliche Fehlgeburt, eine abscheuliche Maschine der Klassenherrschaft. Alles das. »Die Proletarier müssen den Staat stürzen, um ihre Persönlichkeit durchzusetzen.« So stand es bereits in ihrem Buch »Die deutsche Ideologie« von 1845/46.

Demgegenüber hat Marx auch vorwegnehmend beschrieben, was nun bei uns alltäglich Schule macht. »Jedes geringfügige Einzelinteresse, das aus den Beziehungen der sozialen Gruppen hervorging ..., (wird) von der Gesellschaft selbst getrennt ... und ihr in Form des Staatsinteresses ... entgegengesetzt« und dann »von Staatspriestern mit genau bestimmten hierarchischen Funktionen verwaltet«. So haben sich die Klassiker den Sozialismus also gewiß nicht vorgestellt. Man hat besonders in Jugoslawien, wo sich der Bund der Kommunisten nicht mit dieser Erscheinung abfand, den Ausdruck »Etatismus« (von l'etat, französisch der Staat) geprägt, um ein kurzes Wort für das Prinzip der bürokratisch-zentralistischen Diktatur zu haben. Den Begriff »Sozialismus« konnte ich also unmöglich benutzen, um die bestehenden Verhältnisse beim Namen zu nennen.

11

Andererseits erschien mir der für einen bestimmten Aspekt recht treffende Etatismusbegriff doch zu schmal. Daher habe ich lange mit der Aufschrift gezögert. Immerhin gesteht die widerwillig reflektierte Selbstbezeichnung des Systems als »real existierender Sozialismus« zumindest indirekt ein: es gibt eine Differenz zwischen der vorgeblich festgehaltenen sozialistischen

Überlieferung und der Wirklichkeit der neuen Gesellschaft. So habe ich die Formel schließlich doch akzeptiert und sogar auf die Anführungszeichen verzichtet, dafür um so unmißverständlicher jene Differenz herausgearbeitet.

Es geht dabei keineswegs um eine Anklage auf Abweichung von irgendwelchen geheiligten Prinzipien. Wo ich polemisiere, dient das einzig der Demontage falscher Fassaden. Ich bin entschieden der Ansicht, daß es höchste Zeit ist, unter revolutionären Marxisten mit aller »Deformationstheorie« Schluß zu machen, Schluß mit der alten Empörung über entstellten und über »verratenen Sozialismus«, so begreiflich sie einmal war.

Wenn man das historische Drama auf ein Problem schlechter Verwirklichung reduziert, geht man von irrealen Voraussetzungen aus und führt das theoretisch-politische Denken in die Irre. Sicher, man kann die Praxis des real existierenden Sozialismus mit der klassischen Theorie konfrontieren, und man muß es tun, um ihr gegenüber die Substanz der sozialistischen Idee zu bewahren. Aber man muß diese Praxis aus ihrer eigenen Gesetzmäßigkeit erklären. Denn sie ist alles andere als willkürlich erzeugt oder schwächlich »zugelassen« worden. Sie hat ganz andere Fundamente als die ursprünglich vorgestellten. Sie bedarf auch nicht der Rechtfertigung, Entschuldigung und Beschönigung, sondern der wahrhaftigen Beschreibung und Analyse.

Ich will kurz die Grundeinstellung charakterisieren, von der ich mich in dieser Hinsicht leiten ließ. Unbestreitbar hat die Revolution den Völkern in der Regel einen erheblichen materiellen und massenkulturellen Fortschritt gebracht. In vielen Fällen hat sie ihre nationale Existenz und Eigenart gegen den auflösenden, zerstörerischen Einfluß des kapitalistischen Industrialismus geschützt oder wiederhergestellt. Man kann mit Gewißheit sagen, daß aus diesem Vorgang, der sich gegenwärtig in Asien und Afrika fortsetzt, wo er viel adäquater ist, eine elementare historische Notwendigkeit spricht. Aber die Kommunisten müssen wissen, daß das, woran sie da mitwirken, keine sozialistische, keine kommunistische, keine Perspektive der allgemeinen Emanzipation hat.

12

Die neue Ordnung mag proto-sozialistisch heißen, also Sozialismus im Larvenstadium sein, Vorbereitung des Sozialismus, aber in demselben Sinne, wenn auch nicht mit den gleichen Akzenten, wie auch der Spätkapitalismus seit langem als protosozialistisch, als Sozialismus im Larvenstadium, als Vorbereitung des Sozialismus gilt. Und sofern Kommunisten in dieser Gesellschaft machtkonformen Einfluß ausüben und nicht für die Überwindung des bestehenden Zustands kämpfen, müssen sie wissen, daß sie an einer anderen Herrschaft des Menschen über den Menschen beteiligt sind, an einem anderen System der Unterdrückung und der Ausbeutung, jawohl, auch der

Ausbeutung. Der »realsozialistische« Funktionär, der Vorgesetzte, der »Natschalnik«, und zwar nicht nur in Gestalt des hohen politbürokratischen Würdenträgers, sondern bereits des normalen Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionärs, repräsentiert — oft gegen seinen Willen — den jüngsten Typ des Herrn. Ich habe diese Rolle lange genug selbst mit gespielt und erfahren.

Die etablierte Apparatherrschaft identifiziert sich, scheinbar historisch beglaubigt, mit der Marxschen Idee, mit dem Gedanken der Kommune. Dadurch hat sie alle alten sozialistischen Hoffnungen zum Gespött der Massen gemacht. Von der Elbe bis zum Amur nährt sie nun täglich die Sehnsucht nach Restauration irgendwelcher früherer Zustände.

Es kennzeichnet den rapiden ideologischen Verfallsprozeß in den osteuropäischen Ländern seit der militärischen Polizeiaktion vom August 1968, daß sich das Gros der oppositionellen Elemente erst einmal auf rein liberal-demokratische Forderungen, auf eine Menschenrechtskampagne, zurückgeworfen sieht, auf eine Position also, die zugleich die breiteste und die platteste, konstruktiv gehaltloseste ist. Die Kruditäten, die man berechtigt angreift, können nur mit dem politischen Überbau verschwinden, der sie nötig hat. Es bleibt natürlich eine Blamage, die das Regime unserer ganzen Gesellschaft bereitet hat, daß der auffälligste Teil der inneren Opposition ausgerechnet beim USA-Präsidenten Rat und Hilfe sucht. Menschenrechte, politische Demokratie — gewiß! Aber was den osteuropäischen Ländern fehlt, und nicht zuletzt auch der Sowjetunion selbst, das ist der organisierte, langfristige Kampf um eine andere Gesamtpolitik. Er muß gründlich vorbereitet werden, zunächst vor allem durch eine breite Aufklärungsbewegung, die Einsichten in den Entstehungszusammenhang und in die innere Logik der Verhältnisse verbreitet, die überwunden werden sollen.

13

Einstweilen fehlt es häufig an jener Art Verständnis für die geschichtliche Gesamtbewegung, zu der sich Marx und Engels ihrerzeit hinaufgearbeitet hatten. Eine der Hauptursachen hierfür besteht in der unbewältigten Erfahrung der russischen Revolution und ihrer Folgen. Auch aus diesem irritierenden Perspektiveverlust, nicht nur aus der drohenden Unterdrückung, erklärt sich die Verbreitung pessimistischer, defaitistischer Stimmungen selbst unter Menschen, die potentiell für eine revolutionäre, kommunistische Opposition kandidieren. Die Kommunisten müssen sich darauf besinnen, daß sie die entwickeltste Theorie und Methode sozialer Erkenntnis geerbt haben, die bisher erdacht und erprobt wurde. Sie ist nach wie vor das geeignete Instrument, um in der Wirklichkeit selbst den alternativen Ansatz aufzudecken.

Der Sozialismus bedeutete einst das Versprechen, eine andere, höhere Zivilisation zu schaffen, um die Grundprobleme der Menschheit auf eine Weise zu lösen, die zugleich das Individuum befriedigt und befreit. Als die Bewegung aufbrach, war von der allgemeinen Emanzipation des Menschen die Rede, nicht nur von diesem mittelmäßigen, aussichtslosen Wohlstand, mit dem wir dem Spätkapitalismus vergebens den Rang abzulaufen suchen.

Indessen scheinen die Kommunisten bisher immer nur an die Macht gekommen zu sein, um die alte Zivilisation beschleunigt nachzubauen. In einem umfassendsten, nicht politischen, sondern kulturellen Sinne, setzen die Länder des real existierenden Sozialismus einigermaßen zwanghaft »den kapitalistischen Weg fort«. Vornehmlich reaktiv in Angriff genommen, ist der sogenannte sozialistische Aufbau gerade in seiner Eigenschaft als nicht-kapitalistischer Weg zu wenig autonom, wo es um die menschliche Lebensweise, um die existentiellen Probleme der Individuen geht.

In der Konkurrenz um die Höhe des Warenausstoßes und der Produktivität machen wir uns mit aller Gewalt die Übel zu eigen, denen wir auf jeden Fall entgehen wollten. Es ist nicht einmal erlaubt, öffentlich darauf hinzuweisen, daß die kapitalismus-typische Wachstumsdynamik, die unsere Pläne bestimmt, in geschichtlich kurzer Frist ökonomisch, politisch, psychologisch unhaltbar wird.

Das Denken der Menschen wird systematisch provinzialisiert und einseitig auf private Bedürfnisse zurückgeworfen, und das in einem Augenblick, in dem die Mobilisierung von Vernunft und Einsicht höchste Dringlichkeit hat. Die heutigen Umwelt- und Ressourcenprobleme sind das Ergebnis von nicht mehr als 200 Jahren industriellen Fortschritts, den ein Bruchteil der Menschheit zuwegebrachte. Verallgemeinert und in die Zukunft verlängert, ist dieses Modell der sichere Katastrophenkurs.

14

Das Tempo, in dem sich die Welt verändert, muß eher bestürzen als ermutigen, solange der Gesamtprozeß noch immer naturwüchsig auf Konstellationen hinausläuft, die niemand gewollt hat. Und der ökonomische Prozeß in den realsozialistischen Ländern treibt en detail bewußt, im Großen blindlings in diesem Strome mit.

Die kommunistische Alternative darf sich also weder auf den Appell an die unmittelbaren Bedürfnisse noch an die verständlichen Ressentiments beschränken, die durch die Erscheinungsformen unserer politischen Verhältnisse hervorgerufen werden. Die Ablösung der politbürokratischen Diktatur hat eine viel tiefere Notwendigkeit. Die herrschenden Machtinteressen hindern die Bevölkerung unserer Länder daran, progressiv zu den Problemen Stellung zu nehmen, die in der Weltsituation der Gegenwart aufgeworfen sind.

Individuell ahnen viele Menschen, daß der Gedanke des Fortschritts völlig anders gefaßt werden muß, als sie es gewohnt sind. Aber ihre entfremdeten gesellschaftlichen Verhältnisse, geronnen in nach wie vor mechanistisch und irrational funktionierenden Institutionen, verbieten ihnen, nach besserer Einsicht zu leben, und deshalb kann sie sich gar nicht erst voll herausbilden.

Mein Entwurf wendet sich nicht an eine Sekte von Kryptokommunisten, sondern an alle, ohne Ansehen der offiziellen Position und des bisherigen offiziellen Gesichts, die in unseren Ländern auf eine Emanzipation von der modernen Sach- und Staatssklaverei hoffen. Die kommunistische Perspektive ist — und danach muß man sich auch den neuen Bund der Kommunisten vorstellen — kein Parteimonopol, auch kein Monopol irgendeiner engen weltanschaulich-politischen Schule. Im Gegenteil! Wie wir sehen, verlagert sich die soziale Entwicklungsdynamik allmählich von der materiellen Expansion auf die Entfaltung der menschlichen Subjektivität, also vom großen Haben- und Vorzeigenmüssen auf ein Leben für tieferes menschliches Wissen, Fühlen und Sein. Daraus erwächst die Möglichkeit für ein großes Bündnis aller Kräfte und Strömungen, die die Menschen aus der Gefangenschaft der selbstgeschaffenen Sachzwänge herausführen möchten.

Beispielsweise müssen die Kommunisten in dieser Frage unbedingt mit den neueren Entwicklungen in der christlichen Bewegung rechnen. Es wird mehr und mehr zum Allgemeingut aller denkenden Christen, daß der historische Materialismus von Marx ein unentbehrliches Instrument ist, um den tiefen Umbruch der Verhaltensweisen real zu ermöglichen. Die Marxisten ihrerseits werden die aktuelle Bedeutung jenes ethischen Provokationsprinzips begreifen, das in der Bergpredigt Jesu Christi liegt.

15

Die neue politisch-soziale Umwälzung, die jetzt notwendig ist, greift in die innersten Schichten unserer Zivilisation. Ich spreche von einer Kulturrevolution, im weitesten Sinne, von einer — übrigens wesentlich gewaltlosen — Umwälzung der ganzen subjektiven Lebensform der Massen.

Sie muß natürlich durch den bewußten Willen ebenso hindurch wie durch die unbewußten Gefühle der Individuen. Das Ziel besteht darin, wirklich den gesellschaftlichen Rahmen für die freie Entwicklung eines Jeden zu schaffen, die nach dem Kommunistischen Manifest die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist. Der Kommunismus kann nicht anders vorrücken, als indem er sich am Menschen beweist, an seinem sichtlichen und erlebbaren Aufstieg zur Freiheit, und das heißt vor allem in äußerer auch zu innerer Freiheit.

Die Geschichte kommt uns hier mit einer unentrinnbaren Herausforderung. Unsere Zivilisation ist an jene Grenze der Ausdehnung gelangt, wo die innere

Freiheit des Individuums ab Bedingung des Überlebens erscheint. Sie ist einfach die Voraussetzung für den einsichtigen kollektiven Verzicht auf die so verhängnisvolle wie subjektiv zwecklose Fortsetzung der materiellen Expansion.

Die allgemeine Emanzipation wird zur absoluten historischen Notwendigkeit.

II

Wenn man die Freiheit des Individuums zur absoluten Notwendigkeit, zur Bedingung des Überlebens erklärt, wie in dem vorigen Vortrag geschehen, legt man wohl den Übersprung zur Utopie alten Stils sehr nahe, zu einer neuesten Idealkonstruktion der Gesellschaft, die diesen freien Menschen mit Wahrscheinlichkeit bewirken soll.

Dieser Kurzschluß muß vermieden werden. Die Alternative kann nur begründet werden aus der Kritik des real existierenden Sozialismus, aus einer solchen Kritik, die sich darauf konzentriert, die aktuellen Schranken der Emanzipation, die Ursachen der Unfreiheit aufzudecken und zu verstehen. Dies Verstehen kann man von der Geschichte her gewinnen.

Die erste Frage lautet: Wie kommt es zum real existierenden Sozialismus? Für Marx - und damit zunächst auch für Lenin - sollte der Kommunismus hervorgehen aus der Aufhebung des vollentwickelten kapitalistischen Privateigentums. Er sollte Zustandekommen durch die positive Aneignung des unter dem Kapital erzeugten sozialen Reichtums. Und die dazu nötige Revolution sollte die gleichzeitige Tat der fortgeschrittensten Völker sein.

16

Lag denn die russische Revolution in dieser Perspektive? War das alte russische Reich, das in der Sowjetunion aufgehen sollte, überhaupt ein kapitalistisches Land, wenn auch ein unterentwickeltes? Noch im Jahre 1881 galt Rußland Marx und Engels nicht einmal als feudal. Es galt ihnen als halb-asiatisch, und das war keine geographische, sondern eine näher ausgeführte politökonomische Charakteristik. Für Rußland konnte die Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums einfach deshalb keine große positive Bedeutung haben, weil es dort nur wenig kapitalistisches Privateigentum gab und weil das ökonomische Leben erst punktuell davon berührt war. Die Tragödie der russischen sozialistischen Avantgarde beruht darauf, daß sie faktisch eine andere Aufgabe zu erfüllen vorfand, als die, zu der sie sich unter dem Einfluß ihrer westeuropäischen Vorbilder berufen hatte. Die Oktoberrevolution leitete dann auch einen ganz anderen Prozeß ein als die für Westeuropa erwartete sozialistische Revolution.

Der Weg, den Rußland 1917 unter der besonderen Belastung des Weltkriegs als erstes Land eingeschlagen hat, ist offensichtlich viel mehr durch die äußeren Widersprüche des Weltimperialismus als durch die »normalen« innerkapitalistischen Widersprüche ausgelöst worden. Indem der moderne Kapitalismus mit seiner technisch-ökonomischen Expansion und mit den Spaltprodukten seiner Zivilisation die überkommene Lebensweise aller anders organisierten Völker aufbrach, zwang er sie zu dem Versuch, sich sozialökonomisch neu zu formieren. Wo die Kraft ausreichte und die weltpolitische Konstellation es erlaubte, gewannen sie dabei ihre Autonomie gegenüber dem Kapitalismus zurück. Das ist das Phänomen des nichtkapitalistischen Weges zur Industriegesellschaft, das ich im Ersten Teil meines Buches untersuche. Dieser Weg wurde nicht zufällig überall dort besonders erfolgreich beschritten, wo sich die Avantgarde nach den Prinzipien organisierte, die Stalin als Marxismus-Leninismus kanonisiert hat.

Die osteuropäischen Länder im allgemeinen, die Tschechoslowakei und die DDR im besonderen sind natürlich nicht charakteristisch für diesen nichtkapitalistischen Weg, auf den sie nach 1945 mitgerissen wurden. Der real existierende Sozialismus ist die Ordnung, unter der sich Länder vorkapitalistischer Formation eigenständig die Voraussetzungen des Sozialismus erarbeiten, wobei der Druck der vom Kapitalismus erzeugten industriellen Produktivkräfte den entscheidenden Anstoß gibt. In Asien und Afrika, auch in denjenigen lateinamerikanischen Ländern, die noch ein bedeutendes indianisches Subproletariat haben, war es vornehmlich die von Marx so genannte asiatische Produktionsweise, auf die der kapitalistische Kolonialismus stieß.

17

Es ist ganz klar, daß die neue Ordnung insoweit nicht Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus sein kann; führt sie doch im Idealfall gerade am Kapitalismus vorbei. Ihr Platz in der Geschichte ist dadurch bestimmt, daß sie, wie der Kapitalismus auch, die Produktivkräfte an die Schwelle der sozialistischen Umgestaltung heranzuführt, aber auf formationell ganz verschiedene Weise.

Hier liegt der Grund, daß alle Kritik, die das ökonomische Wesen des real existierenden Sozialismus an gewissen Analogien zum Staatskapitalismus festmachen will, gänzlich versagt. Zweifellos spielt die staatliche Zentralisation bei uns eine ausschlaggebende Rolle, und selbstverständlich werden die Produktionsbedingungen dabei nicht etwa volkseigen. Verstaatlichung, nicht Vergesellschaftung, ist tatsächlich das hervorstechende Merkmal. Aber es deutet ebensowenig auf Staatskapitalismus hin wie der Speicher der Pharaonen. Ich erwähne das alte Ägypten hier, weil das Phänomen des nichtkapitalistischen

Weges genetisch und logisch dorthin zurückwurzelt, wo die Klassengesellschaft großen Stils als ökonomische Despotie begann.

Historisch ist der Staat als korporativer Apparat der ursprünglichste Enteigner der Gesellschaft. Und jetzt ist er die letzte Instanz, die der Gesellschaft ihr Eigentum vorenthält, auch nachdem das Privateigentum gefallen ist. Übrigens zeigt er diese Tendenz selbst im Spätkapitalismus. Für die politische Ordnung der nichtkapitalistischen Länder bedeutet das den Übergang von einem stagnierenden agrarischen zu einem dynamischen Industrialisierungs-Despotismus. An der Spitze des von ihr geschaffenen Apparatstaates war die bolschewistische Partei Lenins in Rußland weitgehend der außerordentliche Stellvertreter (nicht allerdings Platzhalter) der abgedrängten kapitalistischen Ausbeuterklasse, die noch nicht tief genug in dem primär halbasiatischen ökonomischen Leben des riesigen Bauernlandes verwurzelt gewesen war.

Die neue Gesellschaftsverfassung und ihren Überbau sozialistisch oder kommunistisch zu nennen, ist ein ungeheures Mißverständnis. Sie ist von vornherein kein System realer Freiheit und Gleichheit. Sie kann es gar nicht sein. Sie reproduziert gesetzmäßig genau die Schranken, die der freien Entfaltung selbstbewußter Subjektivität, individueller Autonomie den Weg verlegen. Sie verkörpert gerade alle strukturellen Bedingungen individueller Subalternität. Das ist ihr reguläres Dilemma, denn die Subalternität, nämlich die Mentalität und Verhaltensweise abhängiger, dem großen Ganzen entfremdeter »kleiner Leute« kann nicht innerhalb dieser Struktur, sondern nur durch ihre Ablösung überwunden werden.

18

Der ganze Zweite Teil meines Buches geht der Frage nach, auf welcher allgemeinen Grundlage bei uns die Herrschaft des Menschen über den Menschen andauert und wie unsere sozialökonomische Struktur konkret funktioniert, um gerade in diesen niederdrückenden sozialpsychischen Effekt auszulaufen. Das Problem der Subalternität ist der Angelpunkt meiner Alternativkonzeption. Denn unter dem praktisch-politischen Gesichtspunkt der anzugreifenden Schranken hat die Bewegung der allgemeinen Emanzipation heute genau die Aufgabe, jene Bedingungen zu liquidieren, die statt freier Menschen subalterne Individuen, eine Art denkender Ameisen, hervorbringen.

Der Begriff Subalternität verweist auf eine objektive Struktur, die diese Mentalität massenhaft erzeugt und die darüber hinaus die Macht besitzt, auch innerlich freie Menschen formell als Subalterne einzuordnen und zu behandeln. Zunächst ist ein Subalterner einfach ein im Rang Untergeordneter, der über eine von oben abgegrenzte Kompetenz hinaus nicht selbständig handeln und entscheiden darf. Er ist der Grundbaustein jeder Hierarchie. Wenn jedoch diese Rolle das soziale Gesamtverhalten der ihr Unterworfenen bestimmt, wenn sich

ihr gesamter Lebensprozeß hauptsächlich im Zeichen irgendwelcher untergeordneten Teilfunktionen für ein unkontrollierbares Ganzes abspielt, dann wird die Subalternität aus einer Eigenschaft der Unterfunktion zur Eigenschaft des sie ausführenden Individuums. Sie beherrscht nun das subjektive Verhalten, und sogleich tritt als ihr Pendant die Verantwortungslosigkeit für allgemeinere Zusammenhänge hinzu. Alle Klassengesellschaft, jedes Herrschaftsverhältnis erzeugt Subalternität. Aber keine andere Klassengesellschaft seit der asiatischen Produktionsweise hat ihre gemeinfreien Mitglieder vom Prinzip her ähnlich durchgängig subalternisiert wie der real existierende Sozialismus. Er ist ein System der Subalternität und — wie Andras Hegedüs schon vor Jahren feststellte — dementsprechend auch ein System der organisierten Verantwortungslosigkeit. Worauf ist dies zurückzuführen?

Um das zu klären, analysiere ich im einzelnen

die hierarchische Arbeitsorganisation der nichtkapitalistischen Industriegesellschaft, die den Fabrikdespotismus im gesamtgesellschaftlichen Maßstab reproduziert und seine Regeln auf alle Zweige sozialer Aktivität ausdehnt;

ihre Sozialstruktur und den Mechanismus der Schichtdifferenzierung, der an die Unterordnung der Menschen unter die verschiedenen Funktionsniveaus der Arbeit und unter die hierarchischen Leitungskompetenzen anknüpft;

die ausgeprägte Machtlosigkeit der unmittelbaren Produzenten, auf die der Begriff der Arbeiterklasse nicht mehr anwendbar ist; und

die systembedingten Hemmungen der sozialen Triebkräfte.

19

Da die schöne Literatur dort soziologischen Aufschluß gibt, wo die offizielle Gesellschaftswissenschaft verhüllt oder verschweigt, habe ich die hiervon ausgehenden subjektiven Auswirkungen mit einem Exkurs über Sowjetliteratur der sechziger Jahre belegt. Die Bücher bezeugen die Unfruchtbarkeit der obrigkeitlichen Reglementierung bei dem heutigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte. Sie denunzieren die Hemmungen der Initiative und den Abbau der Individualität durch das alles übergreifende Vorgesetztenwesen. Und sie decken, dies ist sehr wichtig, das patriarchalische Urgestein der neuesten Herrschaftsverhältnisse auf.

Jedoch sind die genannten Faktoren erst die den Subalternitäts-Ursachen nächstliegende, oberste Schicht. Man mag anerkennen: es ist so. Aber kann man es ändern? Allem Anschein nach ist zum Beispiel die hierarchische Arbeitsorganisation ihrerseits objektiv bedingt durch die Gesetzmäßigkeiten der Informationsverarbeitung und -Zusammenfassung, ohne die es keine Steuerung und Regelung unserer hochkomplexen Gesellschaft gibt. Allem Anschein nach spiegelt die soziale Differenzierung jenseits der traditionellen Klassenteilung

weitgehend die Differenzierung der Arbeitsfunktionen selbst wider, und so weiter. Auf dieser Ebene der Analyse können daher Forderungen, die sich auf die Überwindung der Subalternität beziehen, noch leicht als unrealistisch abgetan werden. Manche Menschen, auch marxistisch eingestellte, fallen sogar auf den alten ideologischen Trugschluß herein, die Subalternität und Inferiorität der Individuen sei die Ursache statt die Folge der vorgefundenen Herrschaftsverhältnisse.

Um den Ansatz für eine Alternative zu finden, muß man die Analyse eine Schicht tiefer treiben. Man muß nach dem allgemeinen Produktionsverhältnis fragen, das den Formationscharakter des real existierenden Sozialismus bestimmt und als gemeinsamer Nenner in den verschiedenen subalternitäts-erzeugenden Faktoren erscheint. Dieses grundlegende Produktionsverhältnis ist gesamtgesellschaftliche Organisation auf der Basis der alten Arbeitsteilung. Auf dieser Basis kann es sich nämlich nur um gesamtstaatliche Organisation handeln, so daß wir, genauer gesagt, im real existierenden Sozialismus Verhältnisse der alten Arbeitsteilung und des Staats vorfinden. Dieses »und« meint keine Aufzählung, sondern es soll die beiden Bestimmungen in eine zusammenziehen: Verhältnisse der alten Arbeitsteilung und des Staats.

20

Weiter kommt es bei diesem Begriff auf die Unterstreichung »alte Arbeitsteilung« an. Unter der alten Arbeitsteilung hat man, mit Marx, nicht etwa die Spezialisierung als solche, also die Konzentration auf diese oder jene Tätigkeiten zu verstehen, sondern die bereits erwähnte Unterordnung der Individuen, die Unterordnung ihres ganzen Lebensprozesses unter spezialisierte Teilfunktionen. Diese Unterordnung erst bewirkt, daß die Individuen so selten als gesellschaftliche Menschen auftreten, so oft bloß als Verkäuferinnen, Chauffeure, Lehrerinnen, Ingenieure, Politiker, Generäle usw. Das Dilemma der alten Arbeitsteilung beginnt schon mit den Unterscheidungen auf gleicher Ebene der Tätigkeit, etwa zwischen Schlosser und Maurer, Physiker und Ökonom, sofern nämlich ihre Zurückführung auf bloße Fachkompetenzen zwar kein Machtverhältnis zwischen ihnen, aber eine besondere zusammenfassende Instanz über ihnen hervorrufen kann. Entscheidend für die soziale Ungleichheit ist aber die vertikale Arbeitsteilung nach Arbeitsfunktionen verschiedener Anforderungsniveaus an Fähigkeiten und Kenntnisse, dementsprechend nach verschiedenen Bildungsgraden und nicht zuletzt nach hierarchisch übereinandergetürmten Leitungskompetenzen.

Wie die Psychologie eindeutig nachwies, hängt die Ausprägung der menschlichen Fähigkeiten nachhaltig von den ausgeübten Tätigkeiten ab. Wer hauptsächlich Arbeiten zu verrichten hat, die seine Urteilskraft, sein Abstraktionsvermögen nicht entwickeln, wird dadurch weitgehend von der

Möglichkeit ausgeschlossen, über allgemeinere Angelegenheiten mitzuentcheiden. Im real existierenden Sozialismus versteht man unter Demokratie, daß die Menschen nach ihrer Kompetenz mitarbeiten, mitplanen und mitregieren sollen. Kompetent ist die Reinemachfrau für die Scheuerlappen und das Mitglied des Politbüros für die Vorbereitung auf Krieg und Frieden. Indem diese alte Arbeitsteilung die Menschen in verschiedenem Grade, aber jeweils definitiv und einschneidend, von den zusammenfassenden Funktionen, von der Formierung des allgemeinen Willens ausschließt, schafft sie die Kernzone der Subalternität. Aus der sozialen und politischen Machtlosigkeit entspringt das subalterne Verhalten.

21

Die historische Wurzel, die trotz mancher Modifikationen bis heute hierin weiterwirkt, ist der Gegensatz zwischen vorwiegend körperlicher bzw. ausführender Arbeit und vorwiegend geistiger bzw. planender und kommandierender Tätigkeit. »Diejenigen, die mit den Händen arbeiten, tragen andere; diejenigen, die mit dem Kopf arbeiten, werden von anderen getragen«, lehrte vor über zweitausend Jahren der chinesische Philosoph Mengdse. Die vertikale Arbeitsteilung wächst ohne weiteres Zwischenglied hinüber in den Staat.

Die Staatsfunktion ist ursprünglich, in der alten Ökonomischen Despotie, nahezu identisch mit der Leitung der Großen Kooperation und mit der Leitung des gesellschaftlichen Gesamtlebens. Marx spricht im Kapital von der altägyptischen Priesterkaste als Leiterin der Agrikultur. Man weiß, daß die orientalische Staatsbürokratie und Theokratie, mit oder ohne Großkönig an der Spitze, weder am Boden noch an den Arbeitenden Privateigentum hatte. Sie hatte »nur« als Korporation, das heißt als administrativer und ideologischer Staatsapparat, die Verfügungsgewalt über die Überschüsse an Gütern und an Arbeitskraft. Der allgemeine Typ dieses Herrschaftsverhältnisses ist dem real existierenden Sozialismus gleich, und es handelt sich dabei nicht um eine oberflächliche Analogie, sondern um eine substantielle Verwandtschaft in der Grundstruktur der Produktionsverhältnisse .

Bei dem großen zeitlichen und historischen Abstand und bei dem eklatanten Unterschied der technischen Basis mag dies zunächst verwundern. Ich erinnere aber an den bekannten Marxschen Gedanken, daß der moderne Kommunismus eine Art Rückkehr auf höherer Stufe sein würde. In dieser Perspektive rücken die frühe und die späte Klassengesellschaft großen Stils in ihrer Eigenschaft als Übergangsperioden einmal am Eingang und einmal am Ausgang der Klassengesellschaft logisch zusammen.

Man soll sich auch erinnern, daß sich Marx die Entwicklung der Produktionsweisen nicht zuletzt am geotektonischen Modell verständlich

machte, als einen Überschichtungsprozeß. Die Urgemeinschaft war ihm primäre Formation. Darüber liegen sekundäre und tertiäre Gesellschaftsformationen. In diesem Sinne sind die Verhältnisse der alten Arbeitsteilung und des Staats sekundäre Formation. Sie stellen das älteste, fundamentalste und allgemeinste klassengesellschaftliche Produktionsverhältnis dar. Es zieht sich als Ur- und Grundbestand aller Unterdrückung, aller Ausbeutung, aller Entfremdung der Individuen vom Gemeinwesen seit Ausgang der Urgemeinschaft bis in unsere Tage. Erst über dieser Schicht erhoben sich die spezifischen entwickelten Klassengesellschaften tertiärer Formation, mit dominierendem Privateigentum an den Produktionsmitteln, also Sklaverei, Feudalismus und Kapitalismus.

22

Die Gebrechen der kapitalistischen Formation vor Augen und in der Hoffnung, mit ihrer Ablösung alle Emanzipation auf einmal vollziehen zu können, haben das die alten Sozialisten theoretisch noch nicht bis zur letzten Konsequenz verfolgt. Wohl wußten sie immer, ohne Aufhebung der alten Arbeitsteilung und des Staats gibt es keine soziale Gerechtigkeit, keine reale Freiheit, keine Gleichheit, keine Brüderlichkeit. Doch schien es hier kein besonderes Problem zu geben, da sich dieser Prozeß synchron mit der Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums vollziehen sollte. Inzwischen ist offensichtlich, daß mit dem Privateigentum nur die tertiäre Formation abgeräumt ist, während die gemeinsame Grundlage aller Herrschaftsverhältnisse noch einmal für sich allein Epoche macht.

Der ökonomische Kern der Klassenherrschaft, ihre Konsequenz für die Stellung des Menschen in der Gesellschaft, blieb sich stets gleich: ihr eigenes Mehrprodukt, anfangs direkt ihre eigene Mehrarbeit, wird ihrer Kontrolle und Verfügungsgewalt entzogen und ihnen gegenüber in fremden Händen als Machtmittel konzentriert. Das spezifische Wesen des real existierenden Sozialismus als Gesellschaftsformation ist eben die Zurückführung auf dieses allgemeine Wesen aller Klassenherrschaft.

Die Privateigentumsverhältnisse hatten die Staatsfunktion allmählich an den Rand des ökonomischen Prozesses gedrängt. Besonders der klassische bürgerliche Staat war ja — wie der junge Marx das genannt hatte — nur »politischer Staat«, das heißt bloß ergänzende Deckung der Produktionsverhältnisse, letzten Endes ökonomisch überflüssig. Im real existierenden Sozialismus dagegen gewinnt der Staat auf erweiterter Stufenleiter seine ursprüngliche Allseitigkeit zurück. Wir haben hier Vergesellschaftung des Reproduktionsprozesses und seiner Leitungsfunktion in der entfremdeten Form universaler Verstaatlichung. Der nichtkapitalistische Apparatstaat ist administrativer Überbau und politischer Ausdruck der alten Arbeitsteilung in einem. Er tritt als absoluter Arbeitsherr der Gesellschaft auf.

Er fungiert so, wie Marx seinerzeit die allgemeine Bank der saint-simonistischen Schule charakterisiert hatte: als ein »Papsttum der Produktion«. Hier ist eine Ordnung der Dinge entstanden, die dem Menschen mit Mephisto unablässig den Grundtext der Subalternität suggeriert:

Glaub unsereinem, dieses Ganze
ist nur für einen Gott gemacht.

23

Übrigens zeigt die Erfahrung, daß die Verstaatlichung auch in den entwickelten kapitalistischen Ländern, selbst wenn sie unter sozialistischen Vorzeichen angestrebt wird, nicht zwangsläufig einen Fortschritt in der Richtung der menschlichen Emanzipation bedeutet. Der Bürokratismus als politische Herrschaftsform ist die ausschlaggebende Herausforderung jeder nicht- und auch jeder nachkapitalistischen Gesellschaft, die ihre Geburtswehen hinter sich hat und über die notwendigsten ökonomischen Grundlagen verfügt.

Alles in allem stellt das Staatseigentum, wie es im real existierenden Sozialismus rein entwickelt ist, ein ganz eigentümliches, besonderes Produktionsverhältnis dar. Nicht erst für den Analytiker, sondern auch schon für das spontane Massenempfinden gibt es sich darin zu erkennen, daß es eine ganz bestimmte Polarisierung der Gesellschaft hervorruft, die eben an die Verfügungsgewalt über das soziale Produkt anknüpft. Der Funktionärskörper — dazu gehört im wesentlichen die hauptamtliche Besetzung der gesamten politischen und staatlichen Leitungspyramide samt militärischem, polizeilichem und ideologischem Anhang; auch die höhere Wirtschaftsbeamtenschaft gehört dazu — dieser Funktionärskörper steht den Massen tendenziell antagonistisch gegenüber.

»Zum Wohle des Volkes«, wie der Apparat speziell seit dem polnischen Dezemberschreck von 1970 nicht oft genug wiederholen kann, entscheidet man an der Spitze der Pyramide über die Ziele, für die das Mehrprodukt verausgabt werden soll. Wie bei jeder früheren Herrschaft geht die ständige und wenn möglich erweiterte Reproduktion ihres Monopols in den Gesamtkalkül für die gesellschaftliche Entwicklung ein. Die Massen haben keinen Zugang zu den Stellen, an denen die Fäden zusammenlaufen, können also auch nichts kontrollieren. So steht die gesamte realsozialistische Gesellschaft eigentumslos ihrer Staatsmaschine gegenüber.

Wenn das so ist, dann besteht die nächste Aufgabe der gesellschaftlichen Kräfte offenbar darin, die Machtverhältnisse im Gesamtsystem so zu verändern, daß die Verwaltung kontrolliert wird, statt selbst alles zu kontrollieren. Sie müssen erreichen, daß der Apparat nicht mehr die Gesellschaft hat, sondern die Gesellschaft den Apparat. Dann bekämen wir statt des gesamtstaatlichen den

gesamtgesellschaftlichen Plan, und es wäre der Anfang gemacht mit der sozialistischen Selbstverwaltung.

Es geht aber aus dieser ganzen Analyse hervor, daß es dazu mehr als bloß einer politischen Revolution bedarf, nämlich einer Umwälzung gegen die ökonomische Grundlage der bestehenden Verhältnisse, gegen die alte Arbeitsteilung, nicht zuletzt auch gegen deren systematische Reproduktion durch das mit ihr abgestimmte Bildungssystem. Und es erhebt sich die Frage, wer diese Umwälzung tragen soll.

24

III

Die Formationsanalyse des real existierenden Sozialismus führt hin zu der Notwendigkeit einer erneuten sozialen und politischen Umwälzung, einer Kulturrevolution gegen die Herrschaft der alten Arbeitsteilung und des Staats. Es kommt aber darauf an, in den Verhältnissen selbst die Quelle der Bewegung aufzudecken, die den bestehenden Zustand aufhebt.

Wo sind denn die Kräfte, die sich dafür engagieren werden? Existieren sie überhaupt?

Es ist wahr, daß sie einstweilen nicht eklatant hervortreten. Die große Ausnahme war das Jahr 1968 in der Tschechoslowakei. Ich komme an späterer Stelle dieser Vorträge noch einmal darauf zurück. Hier will ich zunächst nur eine Erkenntnis abheben.

Damals zeigte sich nicht nur, daß das Potential da ist. Es wurde auch die Ursache sichtbar, die es gewöhnlich blockiert. Diese Ursache wurde gerade dadurch sichtbar, daß sie für ein paar Monate ausfiel, nämlich die Herrschaft jener Partei, welche einstmals programmatisch unter dem Zeichen der allgemeinen Emanzipation angetreten ist, heute aber das Zentrum aller Unterdrückung in unserer Gesellschaft darstellt. Diese Partei mit ihrem Apparat hält genau jene Stelle besetzt, die einer Avantgarde für die emanzipatorischen Interessen zukommt. In dem Augenblick, als die KPC auch nur den Ansatz erkennen ließ, wieder in die ursprüngliche emanzipatorische Funktion der Kommunistischen Partei einzutreten, begannen sich sofort alle Nadeln sozialer Hoffnung auf sie hin auszurichten und zu bündeln.

Man sieht hieran schon empirisch, wie sehr das Problem des revolutionären Potentials im real existierenden Sozialismus mit dem Parteiproblem zusammenhängt. Beide Probleme gehören noch zur Analyse der bestehenden Produktionsverhältnisse. Sie betreffen sogar ihren für die Perspektive von Veränderungen entscheidenden, dynamischen Aspekt. Darüber will ich in diesem und im nächsten Vortrag sprechen. Zunächst seien die beiden Probleme genauer beim Namen genannt. Das ist erstens die massenhafte Erzeugung überschüssigen Bewußtseins durch den Gesamtprozeß der realsozialistischen

Reproduktion. Das ist zweitens die führende Rolle der Partei als soziologische Realität. Beides sind konstitutive Faktoren unserer Produktionsverhältnisse.

25

Der erste Faktor wurde bisher noch kaum überhaupt als politökonomische Tatsache erkannt, der zweite wurde nur selten theoretisch so konsequent eingeordnet, wie er machtpolitisch praktiziert wird. Die beiden Faktoren, das will ich vorwegnehmen, wirken derzeit gegeneinander. Das ist das Dilemma, in dem der real existierende Sozialismus nach einer ursprünglichen Akkumulationsperiode, in der noch wenig überschüssiges Bewußtsein produziert wurde, stagniert.

Wenn ich bei der Frage nach dem Subjekt der Veränderung meine Aufmerksamkeit auf das überschüssige Bewußtsein richte, wenn ich hierin das Potential, das Reservoir sehe, aus dem sich dieses Subjekt rekrutieren wird, so gehe ich von einer alten theoretischen Gewohnheit ab, die leicht fälschlich mit dem historischen Materialismus selbst gleichgesetzt wird. Üblicherweise hätte man sich ja sogleich nach der bestimmten Klasse oder Schicht umzusehen, die für die entsprechende historische Rolle disponiert ist. Es läge zum Beispiel nahe, an die Intelligenz zu denken. Das hätte immerhin einen rationellen Kern, hieße aber dennoch einen falschen Ausgangspunkt beziehen. Die Sozialstruktur in der späten, sich auflösenden Klassengesellschaft ist nur nach rückwärts in solchen Kategorien zu beschreiben. Besonders untauglich geworden ist der Begriff der Arbeiterklasse. Jenseits des Kapitalismus dient er nur noch zur Verhüllung und Pseudolegitimation der Macht. Von einer Herrschaft der Arbeiterklasse kann gar keine Rede sein, schon gar nicht für die Zukunft. Der Apparat herrscht auch nicht etwa stellvertretend für sie, er herrscht über sie. Die Arbeiter haben in dem Staat, dem man ihren Namen gibt, ebensoviel zu sagen, wie die gemeinen Soldaten in einer regulären Armee.

Jedoch läßt sich auf den Widerspruch zwischen Volk und Funktionären, oder genauer zwischen den Massen und dem Apparat, den die Analyse konstatiert, noch keine Hoffnung gründen. Es handelt sich hier gerade um jenen Widerspruch, in dem sich der real existierende Sozialismus ebenso normal bewegt wie die klassische bürgerliche Gesellschaft in dem Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital — ohne zwangsläufig daran zugrundezugehen. Gewiß gibt es Krisen und Zuspitzungen, aber sie laufen meist auf teilregenerative Kompromisse hinaus, wie 1970 in Polen, wo Edward Gierek das Ergebnis, an die Arbeiter gewandt, auf die bezeichnende Formel brachte: »Ihr werdet gut arbeiten, und wir werden gut regieren.« Damit beginnt nur ein neuer Zyklus des installierten Dilemmas. Der Widerspruch zwischen den Massen und dem Apparat führt seinem Wesen nach nicht über das bestehende System hinaus.

26

Genauer betrachtet, liegt das daran, daß die Gesamtsituation der Gesellschaft in diesem Widerspruch auf eine zu enge, einseitige Weise gefaßt wird, nämlich aus der Perspektive des Apparats. Gegenüber dem Apparat, und von ihm aus definiert, repräsentieren die Massen vornehmlich die Masse an Subalternität, die die Folge und Kehrseite der Konzentration alles offiziell anerkannten Wissens und aller Entscheidungsmacht in der bürokratischen Hierarchie ist. Die eine Seite des Hauptwiderspruchs, der unsere politische Entwicklung vorantreibt, die Apparatherrschaft, ist in dieser Gegenüberstellung adäquat und vollständig vertreten.

Der Begriff des Apparats, als des anzugreifenden Pols, ist exakt genug für strategische Zwecke. Seine Herrschaft zu brechen — übrigens nicht gleichbedeutend mit seiner Abschaffung —, ist die historische Aufgabe. Aber »die Massen« werden nicht das Subjekt sein, das diese Tat vollbringt.

Es sei denn, man weitete ihren Begriff erneut in jener Weise aus, in der Marx seinerzeit den Begriff des Proletariats ausweitete, als er ihm eine welthistorische Mission zusprach. Ich denke, es ist heute klar, daß das eine Mystifikation war, wenn auch keine grundlose oder unfruchtbare. Sie reflektierte die Rolle der revolutionären Intelligenz, welche letztere »das Bewußtsein« in die für sich genommen eben doch subalterne Klasse hineintragen, also ihre Führung übernehmen sollte. Gerade darin war übrigens die nach- bzw. nichtkapitalistische Apparatherrschaft schon in den vorrevolutionären Arbeiterorganisationen vorgeprägt.

Die Unzulänglichkeit des Modells von Apparat und Massen (diese reell, also ohne Mission genommen) besteht vor allem darin, daß es sich gänzlich in dem Bereich des »entfremdeten«, des durch die notwendige Arbeit und ihre Regulierung absorbierten Bewußtseins bewegt und das überschüssige Bewußtsein einfach außer Betracht läßt. Auf diese Weise wirkt eben der Standpunkt des Apparats, der keine Verwendung für diesen Überschuß hat, ihn vielmehr fürchtet, in die Theorie hinein. Absorbiertes Bewußtsein nenne ich jenen Aufwand an psychosozialer Energie, der einerseits in der Hierarchie der Leitungsfunktionen, andererseits in den Routinetätigkeiten des Reproduktionsprozesses verbraucht wird.

Es stehen sich also darin gegenüber: hier das zum Kommando über den Arbeits- und Lebensprozeß organisierte bürokratische Wissen, das sich politisch in den Apparatinteressen, in der von vornherein provokatorischen Hoffart der Machtausübung ausdrückt — dort die abstrakte, entfremdete Arbeit in Produktion, Dienstleistung, Verwaltung, die sich in den subalternen Reaktionen und Verhaltensweisen, in Leistungszurückhaltung und Duckmäuserei, in Interesselosigkeit und Gleichgültigkeit vor den allgemeinen Angelegenheiten niederschlägt.

Kurzum, das sind zwei Seiten ein und derselben Medaille; es bleibt eine letzten Endes unfruchtbare Konstellation, solange die Kräfte auf dem Niveau dieses Modells verharren. Der bürokratische Apparat und die subalternen Massen sind einander wert.

Aber genau das, was bei dieser Gegenüberstellung herausfällt, eben das überschüssige Bewußtsein, ist das für die Veränderung der Gesellschaft ausschlaggebende Potential. Das überschüssige Bewußtsein ist die wachsende Menge freier, nicht mehr in notwendiger Arbeit und hierarchischem Wissen gebundener psychosozialer Energie. In gewissem Umfang hat es dies immer gegeben. Es gehört geradezu zum Menschen, nie völlig in den beschränkten Zuständen aufzugehen, die der notwendige und offizielle Zusammenhang der Gesellschaft jeweils setzt. Früher haben hauptsächlich die Religionen ihren Antrieb aus dieser Transzendenz der menschlichen Wesenskräfte bezogen. Solange die Gesellschaft nur wenig Qualifikation, nur eine kleine Elite erzeugt, absorbiert der Apparat den größten Teil der von der unmittelbaren Produktion freigesetzten psychischen Energie und Kapazität. Die Form der alten Ökonomischen Despotie hing maßgeblich auch mit der Größe oder vielmehr Kleinheit, mit der Qualifikation und den Reproduktionsgesetzen der verfügbaren Elite zusammen. Damals wurde diese soziale Qualifikation bloß im Maßstab der einfachen Reproduktion jeweiliger Herrschaftsverhältnisse erzeugt. In der materiellen Produktion trat ja kaum Bedarf nach intellektueller Arbeit auf!

Heute haben wir es mit einer durchgreifenden Intellektualisierung der subjektiven Produktivkräfte zu tun. Die Gesellschaft produziert, obwohl der Apparat die Entwicklungsrate drückt, eine solche Masse an allgemeiner Fähigkeit, an menschlicher Qualifikation schlechthin, daß sie unmöglich direkt vom Apparat beschäftigt werden kann. Daher sehen wir dessen unentwegte Anstrengung, das unverwendete überschüssige Bewußtsein teils mit unproduktiver Geschäftigkeit abzubauen, teils mit Terror zu paralysieren, vor allem mit Ersatzbefriedigung abzuspeisen. Dies letztere ist, beiläufig, der eigentliche machtpolitische Zweck der vielgepriesenen »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik«.

Im real existierenden Sozialismus erlangt das überschüssige Bewußtsein eine zusätzliche Sprengkraft dadurch, daß es auf eigens gegen sich gerichtete Schranken stößt, auf die präventive Eifersucht, in der sich das bürokratische Machtmonopol einfach nicht bezähmen kann.

Es wird ihm systematisch die reale Qualität, die Potenz als Produktivkraft, die Kompetenz zu sozialer Erkenntnis und Entscheidung bestritten. Der Apparat

handelt unter der ihm eingeschriebenen Anmaßung, selbst jeweils schon alles bedeutungsvolle Bewußtsein zu repräsentieren. Wo käme man hin, wenn irgendwer in der Gesellschaft mehr und besseres wüßte als die Politbürokratie. Mindestens muß jeder seine Einsicht unterordnen, muß geduldig und bescheiden abwarten, ob seine Vorschläge »machbar«, nämlich von der Maschinerie zu assimilieren sind oder nicht. Alles hat sich dem Endzweck der bürokratischen Stabilität anzupassen. Die Künste, die Wissenschaften sollen vornehmlich Organe dieser Machterhaltung sein. Alles, was das amtliche Universum überschreitet, und was eben das Wesen des überschüssigen Bewußtseins ausmacht, wird entweder blockiert oder in die Sphäre voneinander isolierter Privatangelegenheiten abgedrängt.

Die entfremdete Arbeit und der apparative Druck bestimmen zunächst die Masse des überschüssigen Bewußtseins dahin, in der Freizeit nach bequemen Ersatzbefriedigungen zu streben, die nach Möglichkeit auch bereitgestellt werden. Die Umstände beschränken und verhindern die Entfaltung, Entwicklung und Bestätigung zahlloser Menschen von frühester Jugend auf. Nun sind sie gezwungen, im Verbrauch von Dingen, in passiver Unterhaltung, in prestige- und machtorientierten Attitüden Entschädigung zu suchen. Darauf beruhen die kompensatorischen Interessen. Dieser Begriff ist mir sehr wichtig; ich komme noch darauf zurück, wie die Kulturrevolution auf sie reagieren soll. Doch das eigentliche Wesen, die innerste Tendenz des überschüssigen Bewußtseins, drückt sich nicht in den kompensatorischen, sondern in den emanzipatorischen Interessen aus. Sie richten sich auf das Wachstum des Menschen als Persönlichkeit, auf die Differenzierung und Selbstverwirklichung der Individualität in allen Dimensionen sozialer Aktivität. Sie verlangen vor allem die potentiell allumfassende Aneignung der Kultur, die zwar mit den Sachen zu tun hat, die man verbrauchen kann, aber prinzipiell auf etwas anderes zielt: auf die menschlichen Wesenskräfte, die in anderen Individuen, in Gegenständen, Verhaltensweisen, Beziehungen, auch in den Institutionen verwirklicht sind. Das höchste Ziel dieser Aneignung ist die Befreiung von aller Beschränktheit und vor allem Subalternität des Denkens, Fühlens und Verhaltens, ist die Erhebung des Individuums auf die Ebene des Gesamtlebens der Gesellschaft.

Und was der ganzen Menschheit zugeteilt ist,
will ich mit meinem Innern Selbst genießen,
hieß das bei Goethe.

29/30

In ihrer bewußten Form sind die emanzipatorischen Interessen revolutionär, und ihr politisches Programm wird dann der Kampf um die Bedingungen der allgemeinen Emanzipation. Ich bin damit, um das Potential für die

bevorstehende Umgestaltung aufzudecken, über eine Strukturanalyse des gesellschaftlichen Bewußtseins vorgegangen, das ich in seiner Eigenschaft als durchaus materielle, sozialökonomische Realität nehme. Der Apparat, der Staat selbst ist ja bekanntlich »ideologischer Überbau«, ist seiner Substanz nach entfremdetes, herrschaftlich funktionierendes Bewußtsein. Das geistige Leben der Gesellschaft überhaupt ist das Kampffeld der kommenden Kulturrevolution — dieses geistige Leben jedoch nicht etwa im Gegensatz zum materiellen Dasein, sondern gerade mit dem Schwerpunkt der Information und Entscheidung über den Reproduktionsprozeß und seine Ziele. Es geht um einen neuen Typ der Regelung für das Gesamtleben der Gesellschaft, um eine neue Ordnung der Erkenntnisarbeit, und ihres institutionellen Gerüsts.

Von daher muß sich eine revolutionäre Strategie auf ein ganz bestimmtes Kräfteverhältnis innerhalb des gesellschaftlichen Bewußtseins einstellen, man könnte auch sagen, auf ein Kräfteverhältnis innerhalb des Aufgebots an angesammelter Qualifikation, an subjektiver Produktivkraft, auf die Struktur des psychischen Energieumsatzes und -aufwandes der Gesellschaft.

Daraufhin habe ich die zuvor bereits kurz charakterisierten vier Fraktionen des gesellschaftlichen Bewußtseins unterschieden, zwei in dem absorbierten, zwei in dem überschüssigen Bewußtsein. In dem absorbierten Bewußtsein stehen sich, wie wir sahen, die bürokratischen Apparatinteressen und subalternen Reaktionen der Massen gegenüber, in dem überschüssigen Bewußtsein die kompensatorischen und die emanzipatorischen Interessen der Individuen. Diese vier Fraktionen, die sich gesetzmäßig aus den Antworten der Menschen auf die Widersprüche der realsozialistischen Produktionsweise herausbilden, konstituieren das für unsere Verhältnisse typische politische Kräftefeld.

Dabei geht es nicht, bzw. nur im Ausnahmefall darum, etwa bestimmte Individuen auf bestimmte dieser Bewußtseinsfraktionen zurückzuführen. Im allgemeinen kann man davon ausgehen, daß alle Individuen mehr oder weniger an allen vier genannten Fraktionen teilhaben. Es fragt sich nur, welche Interessenrichtung jeweils in ihrer Motivationsstruktur und damit in ihrem Verhalten vorherrscht. Danach scheiden sich die Geister.

Es gibt allerdings Menschen, die auch subjektiv derart durchbürokratisiert, derart mit dem Apparat identifiziert sind, daß man sie auf ihre offizielle Rolle reduzieren kann. Diese Minderheit ist die Apparatpartei im engeren Sinne, die Partei der politbürokratischen Reaktion, gegen die sich der Angriff konzentrieren muß.

Vorgetragen werden kann dieser Angriff nur von emanzipatorischen Interessen her. Zwischen diesen beiden Polen geht die ideologische Schlacht um den Einfluß auf die Masse des in notwendiger Arbeit und kompensatorischen Befriedigungen gebundenen psychosozialen Potentials. Solange der Apparat

dominiert, sehen sich die emanzipatorischen Interessen, die dann auch soziologisch einigermaßen atomisiert sind, mit der unter diesen Umständen überwiegend subalternen Verhaltenstendenz aller übrigen Bewußtseinsfraktionen konfrontiert, d. h. der Apparat ordnet sich alles übrige Bewußtsein machtpolitisch unter. In der Kulturrevolution dagegen, deren Voraussetzungen heranreifen, wird umgekehrt der herrschende Apparat isoliert, und die Individuen erlernen auch in ihrer notwendigen Arbeit und in ihren freien Betätigungen bzw. Genüssen ein integrales, nämlich auf die einsichtige Einordnung ins Ganze gerichtetes Verhalten.

Die emanzipatorischen Interessen bilden die Substanz, die zu dem Subjekt der kommenden Umgestaltungen zusammengefaßt und organisiert werden muß. Rein empirisch besteht dieses Subjekt aus den energischen, schöpferischen Elementen in allen Schichten und Bereichen der Gesellschaft, aus all den Menschen, in deren Individualität die emanzipatorischen Interessen vorherrschen oder jedenfalls eine große, verhaltensbeeinflussende Rolle spielen. Es ist der Auftrag einer wirklich Kommunistischen Partei im real existierenden Sozialismus, diese Kraft zu formieren, ihr die konvergente politische Organisation zu geben, deren sie bedarf, um gegen die Apparatherrschaft zu kämpfen und gegen alle Einflüsse bloß subalternen und kompensatorischen Verhaltens ihre Identität zu behaupten.

Die herrschenden Parteien im real existierenden Sozialismus bieten die Basis hierfür ganz offensichtlich nicht. Ihre »führende Rolle« hat einen ganz anderen, durch und durch repressiven Inhalt. Haben sie sich doch vollständig an die Apparatinteressen ausverkauft.

Mehr noch, sie bilden ausdrücklich deren militante Spitze. Sie sind die eifersüchtigsten Wächter der Staatsautorität. Daher ist ihnen gegenüber der Platz für einen neuen Bund der Kommunisten vakant, der den emanzipatorischen Bedürfnissen solidarischen Rückhalt bietet und eine höhere moralisch-politische Autorität als jeglicher Apparat verbürgt.

Die kommunistische Bewegung muß neu geschaffen werden, eine Bewegung, die wieder klar die menschliche Emanzipation auf ihre Fahne schreibt und daraufhin das Leben umgestaltet.

31

(1977)

#

Start Vortrag I-III >>>>

Sechs Vorträge über das Buch Die Alternative Von Rudolf Bahro

Weshalb und wozu braucht man in den Ländern des real existierenden Sozialismus eine neue Kommunistische Partei, einen neuen Bund der Kommunisten? Dazu muß man zuerst wissen, worin eigentlich die führende Rolle der gegenwärtig herrschenden Parteien besteht, wodurch es dazu gekommen ist, daß sie den emanzipatorischen Interessen direkt entgegenstehen. Der Kern der Sache besteht in ihrer eigenen Bürokratisierung, die sie unfähig macht, sich von der Staatsmaschine, vom Etatismus zu distanzieren. Es gab noch nie eine Herrschaft, deren maßgebliche Repräsentanten sich wie bei uns ausgerechnet »Büromitglieder« und »Sekretäre« nannten. An diesen Bezeichnungen allein ließe sich schon die Überwältigung des lebendigen Parteikörpers durch seine Bürokratie ablesen.

In der »wachsenden Rolle des Staates«, wie man das nennt, feiert der Parteiapparat vor allem die Bedingung seiner eigenen und unendlichen Reproduktion. Es ist gerade die gegebene Existenzform der Partei selbst (nicht so sehr des Staates), die die Staatsvergottung notwendig macht. In den Parteiinstanzen bis hinauf zum ZK-Apparat, der in Wirklichkeit nur die ausgebreitete Totalität der Politbürofunktionen ist, findet man alle Zweige und Ebenen der staatlichen und sonstigen Bürokratie in komprimierter Form verdoppelt, ebenso wie zuvor schon ausnahmslos alle Zweige des gesellschaftlichen Lebens in der Apparatur der Regierung und der offiziellen »gesellschaftlichen Organisationen« verdoppelt sind.

Zur Erklärung des Parteiapparats muß man an die Entstehung unserer Verhältnisse erinnern. Die Leninsche Konzeption für den Mechanismus der proletarischen Diktatur hatte mit der Aktivität der Massen gerechnet. Die Übertragung, die sogenannte Transmission der Parteienergie, sollte nicht primär repressiv über den Staat, sondern erzieherisch über die Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Organisationen erfolgen. Die Gewerkschaften insbesondere sollten nicht nur Schulen des Sozialismus, sondern zugleich auch Kampfinstrumente gegen die bürokratische Entartung der Staatsmacht sein. Sie wurden aber weder das eine noch das andere. Ihre Rolle leidet an einer derartigen Dystrophie, daß es schon für die Staatsmaschine selbst ein Verhängnis ist, wie z. B. die polnische Szene seit 1970 immer wieder zeigt.

Die wirkliche Transmission wurde noch zu Lenins Lebzeiten der Staatsapparat. Und nun ergibt sich natürlich angesichts des Fehlens mächtiger Korrektive von unten die Frage, wie die Partei die Staatsmaschine kontrollieren soll, damit es nicht zu ihrer Degeneration im Selbstlauf der bürokratischen Routine und Korruption kommt. Die Lösung nun bestand im Aufbau einer weiteren, dem Staatsapparat übergeordneten Bürokratie als Parteiapparat. An der Spitze steht

in Gestalt des Politbüros eine Institution, die sich de facto selbst beruft. Wer neu in diese Führung aufgenommen werden soll, entscheiden diejenigen, die schon drin sind, und auch sie nicht alle. Diese »Kommunisten« gehen so weit, ein eigenes Protokoll für ihre interne Sitzordnung nach Rangabstufungen vorzusehen.

Die Diktatur des Politbüros ist eine verhängnisvolle Übersteigerung des bürokratischen Prinzips, weil der ihm gehorchende Parteiapparat sozusagen Kirchenhierarchie und Überstaat in einem ist. Die ganze Struktur ist quasi-theokratisch. Denn die Essenz der politischen Gewalt — ich spreche hier gar nicht von ihren hypertrophierten Vollzugs- und Polizeiorganen — ist die geistliche Gewalt, mit der ständigen Tendenz zur Inquisition, so daß die Partei schon selbst die eigentliche politische Polizei ist.

Der Parteiapparat als Kern der Staatsmacht bedeutet den säkularisierten Gottesstaat. Nie waren, seit die Theokratien der Frühzeit niedergingen, weltliche und geistliche Autorität derart in einer Hand vereint. In dieser institutionellen Identität von Staatsautorität, ökonomischer Verfügungsgewalt und ideologischem Ausschließlichkeitsanspruch sowie in der daraus sich herleitenden Unkontrollierbarkeit der Politbüros und ihrer bis an die Basis reichenden Apparate besteht das politökonomische Frontproblem im real existierenden Sozialismus. Das ist der gordische Knoten, der zuerst zerhauen werden muß.

Der Apparat ist — weit über die individuelle Borniertheit seiner maßgebenden Leute hinaus — blind gegen alle Reaktion der Gesellschaft auf seine eigene lastende Existenz. Die heutige Parteiorganisation ist eine Struktur, die nicht nur für die Gesellschaft, sondern auch für sich selbst aktiv massenhaft falsches Bewußtsein produziert. Sie sollte die soziale Struktur zur Entfaltung des gesellschaftlichen Erkenntnisprozesses sein, ein System, an dem alle denkenden Elemente des Volkes Anteil nehmen können. Statt dessen schiebt sich die von ihr verbreitete Ideologie wie eine verfärbte, systematisch mit Dunkelfeldern durchsetzte Zerrlinse zwischen das gesellschaftliche Denken und die Wirklichkeit.

33

Die Massen, die nicht darüber unterrichtet sein können, wie diese Linse gewachsen und konstruiert ist, wie sie eingestellt und gedreht wird, was sie abblendet, welche systematischen Fehler sie verursacht, können nur darauf verzichten, dieses Instrument zu benutzen. Und sie tun es auch: sie »schalten ab«, noch ehe die offiziellen Gebetmühlen den ersten Satz geklappert haben.

Aber die Tragödie besteht darin, daß sie dann überhaupt auf differenzierte Erkenntnis verzichten müssen, weil die Gesellschaft keine alternative Struktur dafür besitzt. Schlimmer noch: die Theorie, die am besten geeignet ist, den

Dschungel des bürokratischen Zentralismus und sein politbürokratisches Allerheiligstes zu durchdringen, der revolutionäre Marxismus, ist infolge der totalen Verfügungsgewalt des Apparats über die Massenkommunikationsmittel und das Erziehungswesen noch immer so effektiv von der Parteibürokratie usurpiert, daß ihn das allgegenwärtige Mißtrauen der Massen mitbetrifft. In welchen Varianten er auch immer auftritt, die Menschen haben den Verdacht, er sei doch eigens dazu geschaffen worden, die jetzige Parteiherrschaft zu begründen. Inquisitorisch allmächtig, wird die Partei zugleich in zunehmendem Umfang buchstäblich verachtet für etwas, was man in früheren Zeiten geistliche Ohnmacht genannt hätte. Und in das hochprozentige Vakuum, das so entstanden ist, schießt natürlich die ideologische Massenproduktion des Westens ein, wo immer dessen Übermittlungstechnik hinreicht.

So hat die Monopolisierung aller politischen, ökonomischen und geistigen Entscheidungsmacht zu einem unüberwindlichen Widerspruch zwischen dem sozialen Auftrag der Partei und ihrer politischorganisatorischen Existenzform geführt. Ihre innere Verfassung und ihre führende Rolle als Überstaatsapparat bilden heute das entscheidende Entwicklungshemmnis auf dem Wege zur weiteren Emanzipation des Menschen in unserem System. Die Partei zerstört die Idee, in deren Namen sie angetreten war. Sie zerstört die Kontinuität der kommunistischen Bewegung in den Individuen, die sie tragen sollen.

Schon durch sein bloßes physisches Dasein, ohne jede speziellere Perfidie, ist der heutige Parteiapparat der Totengräber der Parteiidee und der individuellen Parteigesinnung. Er macht gerade jene Menschen, die aus Überzeugung und Charakter Kommunisten sind, als Parteimitglieder überflüssig. Mehr noch: wenn es nicht gelingt, sie zu Bürokraten zu machen, in den Apparat zu integrieren, können sie das normale, völlig veräußerlichte »Parteileben« nur stören und die Stabilität gefährden, so daß es logisch ist, die Maschinerie gegen sie in Alarmbereitschaft zu versetzen.

34

Die Kommunisten sind in einer solchen Partei gegen sich selbst und gegen das Volk organisiert. Es bedarf keiner weiteren Analysen, um zu beweisen, daß dieser Parteityp in den entwickelten Ländern des real existierenden Sozialismus historisch überfällig ist und also liquidiert werden muß. Auf seinen Trümmern muß, mit wesentlich anderer Funktion, eine neue Organisation geschaffen werden, die man am besten einen Bund der Kommunisten nennen sollte.

Wenn ich auf diese Weise sage: »Die Kommunistische Partei ist tot, es lebe die Kommunistische Partei!« — so beziehe ich mich nicht auf irgendeine metaphysische Notwendigkeit, so als müßte es sie immer und unter allen Umständen geben. Vielmehr hat die Partei eine ganz konkrete Aufgabe als Werkzeug sozialer Veränderung, und dies in einer ganz bestimmten Situation.

Auch, daß ich von einer einzigen Partei spreche, daß ich eine neue gegen die alte setze, hat hierin seinen jedenfalls durchdachten Grund.

Ich habe gezeigt, daß solange, wie die alte Arbeitsteilung nicht bis in ihre letzten Verwurzelungen in den Individuen überwunden ist, notwendig ein Widerspruch zwischen den emanzipatorischen Bedürfnissen der Menschen und dem Apparat besteht, den sie zur Regulierung ihrer Existenzbedingungen benötigen. Denn solange ist dieser Apparat Staat eine wesentlich repressive Maschinerie. Aus nichts anderem als aus der Existenz dieses Widerspruchs begründet sich die historische Notwendigkeit einer Kommunistischen Partei in der protozialistischen Gesellschaft. Die Partei hat da kein grundsätzlicheres Thema als die Beziehung von Gesellschaft und Staat, als die Perspektive der Zurücknahme des Staats in die Gesellschaft.

Nach meiner Ansicht hängt die in allen Varianten des nichtkapitalistischen Weges zu beobachtende Tendenz zur Einheitspartei mit der Eigenart dieser Sozialstruktur und speziell mit ihrem dominierenden Problem, dieser Beziehung von Gesellschaft und Staat, zusammen.

Ist die gesamtgesellschaftliche Organisation einmal durchgängig als ein staatliches System verwirklicht, so bleibt einfach kein notwendiger Ansatz für eine Parteienvielfalt mehr — es wäre denn der schmale und beschränkte der besonderen Interessen in ihrem Unterschied und Gegensatz zu den (wie auch immer zunächst noch entfremdeten) allgemeinen. Die besonderen Interessen müssen anders als in Gestalt politischer Parteien zu ihrem vollen Recht und zuvor natürlich zu ihrer uneingeschränkten Artikulation kommen, u. a. zum Beispiel durch souveräne Gewerkschaften.

35

Jedoch kann die sozusagen idealtypisch von den nichtkapitalistischen Verhältnissen vorgeschriebene Einheit (Einheit) der Partei nur als ein dialektischer Prozeß verstanden werden. Vergißt die Partei nach der Revolution, daß es der Überbau einer einstweilen noch nicht oder kaum veränderten Gesellschaft ist, in dem sie nun sitzt, ein Überbau, der unbedingt als provisorische Larve der neuen Ordnung zu begreifen und zu transzendieren ist, — vergißt sie das, dann kann sie nicht einig bleiben, dann muß sie gespalten werden.

Gelänge es ihr dagegen, sich so zu organisieren, daß sie die rechtzeitige und sukzessive Neuanpassung der Institutionen auslösen und führen kann, dann bliebe die Dialektik von Einheit-Spaltung-Einheit latent, dann bliebe die Kontinuität der einen Partei gewahrt, wenn auch nie die völlige Kontinuität ihres maßgeblichen Personals.

Doch dazu müßte klar sein, daß es wirklich um die Ablösung einer politischen Verfassung durch eine andere als Hebel der weiteren ökonomischen

Umwälzung geht, nicht um Reförmchen und »Strukturveränderungen« an der einen oder anderen einzelnen Institution. Die Gesellschaft kann nicht allzulange auf diese Entscheidung warten. Eben weil es vom Standpunkt der fortschreitenden allgemeinen Emanzipation unter den Bedingungen gesamtgesellschaftlicher Organisation eine Partei sein soll, muß die bestehende Partei gesprengt, gespalten werden, sobald sie vor ihrer Hauptaufgabe versagt, die alte Arbeitsteilung und damit die Voraussetzungen des Staats, des etatistisch-bürokratischen Syndroms, abzubauen.

Die oppositionelle Gruppierung, die sich unter solchen Umständen schon spontan herausbilden muß, strebt nicht etwa danach, zweite Partei neben der alten zu werden, oder, genauer gesagt, zu bleiben. Vielmehr kann sie subjektiv und objektiv gar keine andere Absicht haben, als die Einheit auf der Grundlage eines erneuerten Programms und einer erneuerten inneren Verfassung wiederherzustellen. Die Spaltung ist vorübergehendes Moment des historischen Prozesses. Sie richtet sich nicht gegen die Idee der Partei, sondern gegen ihren Apparat, gegen ihre Verfallenheit an den Staat, die im Parteiapparat verkörpert ist. Die Gesellschaft soll wieder eine Führung haben, die nicht im Apparat steht. Die Führer müssen in der Gesellschaft leben und ihren Arbeitsalltag teilen.

Hat die Partei in der ersten Phase des real existierenden Sozialismus — bis zu einem gewissen Punkt erfolgreich — mit Hilfe des Staates, des Apparates, die Gesellschaft revolutioniert, so kommt es jetzt darauf an, mit der Gesellschaft, gestützt auf das in ihr angesammelte überschüssige Bewußtsein, den Staat, den Apparat neu einzuordnen. Wenn die von unten unkontrollierte Bürokratie die Ursache dafür ist, daß die Partei bisher die Rolle des Überstaatsapparats spielt, dann gibt es nur diese einzige Lösung:

36

Sie selbst muß die Kontrolle der gesellschaftlichen Kräfte über die Bürokratie, über die Staatsmaschine in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen. Sie muß diese Kräfte so formieren, daß sie dem Apparat massiv als autonome Mächte gegenübertreten und ihn zu progressiven Kompromissen zwingen können. Dies erfordert, den Kommunismus als Massenbewegung zu organisieren.

Im Prinzip bedeutet es eine Spaltung der gesellschaftlichen Macht, die Installierung einer progressiven Dialektik von Staat und gesellschaftlichen Kräften. Die Kommunisten müssen den Widerspruch in den Regierungsapparat selbst hineintragen. Das Ergebnis wird eine Situation geregelter Doppelherrschaft sein, in der die etatistische Seite allmählich an Gewicht verliert. Verharren im Etatismus oder vorwärts in die Kulturrevolution — das ist die Alternative. Was die Partei erreichen muß, um sich in dieser Situation zu bewähren, das ist die ideologische Hegemonie, die sie in ihrer bisherigen Verfassung niemals wieder erlangen wird. Dazu muß sie sich selbst statt als

Überstaatsapparat als der kollektive Intellektuelle organisieren, der die Bewußtheit der ganzen Gesellschaft über ihre Entwicklungsprobleme vermittelt.

Der Begriff des kollektiven Intellektuellen ist ein Vermächtnis Antonio Gramscis, des Begründers der italienischen Kommunistischen Partei, den die Faschisten bis an den Tod in ihren Gefängnissen hielten. Gramsci ging davon aus, daß die ideologische Autorität der Partei direkt von der Qualität ihrer intellektuellen Produktion abhängt, von der Fassungs- und Mobilisierungskraft des Modells, in dem sie die soziale Wirklichkeit widerspiegelt und die Richtung ihrer Veränderung vorzeichnet.

Dementsprechend muß der Bund der Kommunisten wesentlich anders organisiert sein als die Partei bisher. Die organisatorische Struktur muß sich nach dem Charakter der hauptsächlichen Tätigkeit richten. Erfolgreiche Erkenntnisarbeit erfordert den Zugang aller Beteiligten zur Gesamtheit der bedeutsamen Informationen, die »horizontale«, nichthierarchische Koordinierung der Untersuchungen aufgrund von Eigenaktivität der Interessierten, die Zulassung von Hypothesen, die den gewohnten Vorstellungsrahmen sprengen, die freie Diskussion der verschiedenen Interpretationen ohne Bewertung durch irgendwelche beamteten Instanzen, die »bestätigen oder nicht bestätigen« können.

37

Soll die Organisation der Kommunisten auf diese Weise der Vergesellschaftung der politischen Einsicht und Entscheidungsfähigkeit dienen, so ist die erste Bedingung eine für alle authentischen Kräfte einer tendenziell nichtantagonistischen Gesellschaft offene Parteiverfassung. Jedes ausschließende Sektierertum, jede Machtgeheimniskrämerei hinter verschlossenen Polstertüren hindert die Heranziehung aller lebendigen, produktiven Elemente der Arbeit und der Kultur.

Wenn die Aufgabe, die Subalternität zu liquidieren, richtig gestellt ist, muß man sich innerhalb der Partei unbedingt von der Glorifizierung der sogenannten proletarischen Disziplin lösen, die Lenin von Kautsky übernahm, weil sie auf die russischen Realitäten paßte. Was Lenin seinerzeit hervorhob, war die militärische Organisierbarkeit, die Bereitschaft der Arbeitermassen, sich einem Kommando zu fügen, sich der überlegenen Übersicht und Denkkraft eines politischen Generalstabs unterzuordnen. Lenin verwischte den Gegensatz zwischen Fabrik- und Parteidisziplin, wie ihn Rosa Luxemburg um die gleiche Zeit herausarbeitete.

Selbstverständlich erfordert eine effektive Organisation auch heute einen Apparat und eine Disziplin, nicht nur in der Verwaltung, sondern auch in der Partei. Aber die Kommunisten müssen in ihrer Organisation das

Kräfteverhältnis zwischen der Ebene der Diskussion und Entscheidung über Werte und Ziele, Wege und Mittel der Politik einerseits und der Sphäre des Apparats für die Durchführung andererseits umstürzen.

Der Prozeß, in dem die Staatsmaschine in ein dienendes, verwaltendes Werkzeug verwandelt wird, kann überhaupt nur in Gang kommen, wenn er innerhalb der Partei seinen Anfang nimmt, wenn die Herrschaft der Sekretäre und Sekretariate über die Partei gebrochen wird. Die Kommunisten müssen ihre Politik von jeglichem bestimmendem Einfluß eines Parteiapparats befreien und ihre kollektive Souveränität über ihn herstellen. Und jeder Kommunist muß die Möglichkeit haben, notfalls aus seiner Rolle als diszipliniertes Mitglied herauszutreten und eine Gewissensentscheidung zu treffen. Faßt man dies alles zusammen, so kann man sagen, die Partei muß ihre alte institutionelle Existenz an ihre geistige Erneuerung wagen. Ich will in ein paar Antithesen komprimieren, was den Bund der Kommunisten heute kennzeichnen würde.

Er hätte zu sein:

keine Arbeiterpartei im alten, längst zu engen Sinne, sondern der Zusammenschluß aller der Menschen aus allen Schichten und Gruppen der Gesellschaft, in deren Bewußtsein die emanzipatorischen Bedürfnisse und Interessen vorherrschend sind;

38/39

keine Massenpartei der Art, in der eine selbsternannte Führungselite von autoritären Intellektuellen die nummerierten Mitglieder manipuliert, sondern die Vereinigung gleichgesinnter, das heißt an der Lösung der gleichen Probleme interessierter Individuen von gleicher allgemeiner Kompetenz;

keine sektiererisch gegen die Gesellschaft abgeschlossene Korporation der Besserwissenden, sondern eine gesellschaftsoffene revolutionäre Gemeinschaft, der sich anschließen kann, wer in die gleiche Richtung strebt;

kein Überstaat, der den eigentlichen Staats- und Verwaltungsapparat von außen und oben steuert und kontrolliert, sondern der ideelle Inspirator eines integralen Verhaltens aller Basisgruppen, der die Menschen zur Kontrolle aller Entscheidungsprozesse von innen befähigt;

keine gehorsame Armee, die die politbürokratischen Beschlüsse über die Ausdehnung und Fortsetzung des Status quo ausführt, sondern, nach dem Ausdruck Gramscis, der kollektive Intellektuelle, der in demokratischer Kommunikation mit allen Interessen den mehrheitlichen Konsensus über die Umgestaltungen schafft und praktiziert.

Die Hauptfunktion dieses Kommunistischen Bundes wird darin bestehen, die Gesellschaft so in die Kulturrevolution hineinzuführen, daß sie eine planmäßige und dennoch nicht aufgezwungene, also eine von überwiegend positiven Bedürfnissen getragene praktische Veränderung durchmacht.

Wenn es nach allem bisher Gesagten ein breites emanzipatorisches Interesse in der realsozialistischen Gesellschaft gibt, und wenn es denkbar erscheint, dieses Interesse politisch zu organisieren in Gestalt eines neuen Bundes der Kommunisten, dann rückt in den Mittelpunkt die Frage nach einer ökonomischen Strategie der allgemeinen Emanzipation, nach einem Aktionsprogramm der Kulturrevolution.

Es bedarf mehr als einer politischen Revolution, es bedarf einer tiefgreifenden ökonomischen Alternative, um die Quellen von Subalternität und Entfremdung zu verstopfen. Die ökonomische Alternative muß damit rechnen, daß sich die bestehenden Verhältnisse weitgehend in den Gewohnheiten der Massen niedergeschlagen haben. Das heißt, sie muß vor allem dem Andrang der kompensatorischen Bedürfnisse konzeptionell gerüstet entgegentreten, damit diese den Übergang in den emanzipatorischen Prozeß nicht blockieren können.

39

Der Marxismus lamentiert nicht über die vorgefundene Bequemlichkeit und Knechtseligkeit der Menschen, über ihren scheinbaren oder mitunter auch tatsächlichen Unwillen zur Freiheit. Er plädiert für die aktive, prometheische Solidarität mit den am meisten Unterdrückten, für die Konzentration der Kräfte auf das Aufholen der weniger entwickelten, benachteiligten, zukunftsversprechenden Schichten und Gruppen. Denn es ist klar; wenn die Entfaltungsbedingungen der freien Individualität — und das sind recht genau konstatierbare Realien des ökonomischen und politischen Prozesses — nicht für alle geschaffen werden, muß alle Emanzipation halb bleiben und alsbald von neuem unwahr werden.

Das bedeutet also ein gewissermaßen zweistufiges Programm. Ehe man sich der Zielvorstellung zuwendet, also der Frage, wie eine Gesellschaft organisiert sein muß, die die freie Entwicklung eines jeden ihrer Mitglieder sichern will, muß man sich in der praktischen Politik auf die Vorbedingung für den Aufbruch dorthin konzentrieren und die ganze Strategie als einen Entwurf des Weges entwickeln. Dann lautet das erste Problem: Wie kann man die kompensatorischen Interessen neutralisieren, die die Menschen an die bestehende Form der Zivilisation binden?

Die Richtung der Lösung hängt natürlich von der Zielvorstellung ab; die beiden Stufen der Kulturrevolution können nicht einfach mechanisch nacheinander ablaufen. Der Kurs auf einen neuen Gesamttypus der ökonomischen Reproduktion ist nicht nur, wie bereits gesagt, wegen der Umwelt- und Ressourcenkrise erforderlich, sondern nicht zuletzt auch, um den Antrieb für

das Streben nach Ersatzbefriedigungen zu entspannen. Die Wachstumskonkurrenz forciert die Ungleichheit im materiellen Lebensstandard der Menschen und Völker, und damit die kompensatorischen Bedürfnisse. Je mehr produziert wird, desto mehr muß erjagt, besessen und verbraucht werden, desto mehr psychische Energie wird in abstrakter Arbeit und kompensatorischen Genüssen gebunden und bleibt den emanzipatorischen Kräften entzogen. Die materielle Unersättlichkeit kostet uns die Freiheit der höheren Entwicklung, unterwirft uns Regulationen, die auf Zwang beruhen, erzeugt die Stiefmütterlichkeit der Gesellschaft. Wenn die Explosion der materiellen Bedürfnisse nicht zum Stillstand gebracht werden kann, wird der Kommunismus nicht nur ökonomisch, sondern auch psychologisch unmöglich.

40

Als Marx einen Überfluß an Gütern dafür voraussetzte, waren in erster Linie die eigentlichen Subsistenzmittel, war das Lebensnotwendige gemeint. In den industrialisierten Ländern hat sich die treibende Dialektik von Produktion und Bedürfnis auf das Feld der Genuß- und Entwicklungsmittel verlagert. Das kompensatorische Haben-, Verbrauchen-, Konsumierenwollen und -müssen erzwingt die Fortsetzung einer Erzeugungsschlacht, bei der wir auch noch in hundert Jahren zu arm für den Kommunismus sein werden. Der Teufelskreis der kapitalistischen Wachstumsdynamik muß durchbrochen werden.

Für die praktische ökonomische Politik stellt sich als erstes das Problem der Initialzündung für einen solchen Durchbruch. Was kann geschehen, um den massenhaften kompensatorischen Bedürfnissen die Spitze abzubrechen? Man muß sie so weit wie möglich, aber auch so billig wie möglich zufriedenstellen. Es gibt eine Reihe von Sofortmaßnahmen, bestimmten »Abschaffungen« zunächst, die in ihrem Generalnenner an die Sehnsucht nach sozialer Gerechtigkeit appellieren und dadurch über sich selbst hinausweisen:

Es gilt erstens die Liquidierung der bürokratischen Korruption von oben in ausnahmslos allen ihren offenen und verdeckten, geheiligten und ungeheiligten Formen. Hierunter fallen solche Schritte wie die Begrenzung der Einkommensskala nach oben, die Beseitigung aller besonderen materiellen, sozialen, medizinischen, kulturellen und sonstigen Versorgungseinrichtungen des Funktionärsapparats sowie die Reduzierung der Aufwände für Repräsentation und Abschirmung. Hierunter fällt auch der Schlußstrich unter den kleinbürgerlichen Pomp der Orden und Ehrenzeichen, bei Streichung sämtlicher damit zusammenhängender Bezüge ...

Es gilt weiter die Abschaffung der Arbeitsnormung und des Stücklohns. Die Situation des »Leistungsarbeiters« forciert aufgrund ihrer prinzipiellen Ungerechtigkeit gegenüber den Betroffenen Protest- und Abwehrhaltungen, verursacht Störmanöver, z. B. gegen das optimale Funktionieren der

Maschinerie und Technologie, kostet Qualität und Material, erzeugt Solidarisierung gegen leistungsstärkere Kollegen, erhöht den Krankenstand, verhindert gerade die exakte Ermittlung von Kapazitäten usw. Die ganze Summe psychischer Energie, die für den mit Norm und Stücklohn verbundenen Interessenkonflikt aufgewandt bzw. abgeführt wird, geht der Entwicklung der Produktivkräfte verloren, wirkt ihr aktiv und passiv entgegen. Es gilt sodann die planmäßige periodische Beteiligung des gesamten leitenden und intellektuellen Personals der Gesellschaft an der einfachen, ausführenden Arbeit in der materiellen Produktion wie in anderen Bereichen.

41

Man muß hierfür einen Modus regelmäßiger, relativ dauerhafter Verbindung zu bestimmten Arbeitskollektiven schaffen, der so flexibel handhabbar ist, daß die Wahl dieses zweiten Arbeitsplatzes zwar in einem helfenden institutionellen Rahmen, aber nicht ohne die aktive Mitbestimmung der Individuen erfolgt. Davon wird für alle, die auf der Basis der fortgesetzten alten Arbeitsteilung vornehmlich leitende bzw. schöpferische Tätigkeit ausüben, ein anders kaum zu erzielender Anstoß ausgehen, sich unablässig und ohne selbstgerechte Idealisierung des eigenen Standortes mit den Ursachen und Folgen der sozialen Ungleichheit in der Verteilung von Arbeit und Bildung in unserer Gesellschaft auseinanderzusetzen. Es gilt schließlich die rigorose Berichtigung des Lohngefüges, die durch eine etwas längerfristige Diskussion an der Basis vorzubereiten ist. Die Herstellung der Lohngerechtigkeit, die gegenwärtig durch zahllose Disproportionen gestört ist, muß zugleich als ein Vorstoß in Richtung auf die Egalisierung der Einkommen konzipiert werden. Denn die Kulturrevolution stellt später generell die Geltung des Leistungsprinzips für die Einkommensverteilung und den Einsatz des sogenannten materiellen Anreizes als wichtigsten Regulator des Leistungsverhaltens in Frage. Eine Nivellierung der Gesellschaft in bezug auf die Qualität des Verbrauchs wäre die Bedingung dafür, über das Prinzip der Quantität, über den kompensatorischen Verbrauch hinauszukommen.

So bezweckt das kulturrevolutionäre Konzept in seiner ersten Stufe, daß ein möglichst großer Betrag an psychischer Antriebsenergie aus dem Komplex der kompensatorischen Verhaltensweisen abfließt, und daß dieser Betrag gewonnen wird für die tiefgreifende Umgestaltung der Bedürfnisstruktur. Der Schwerpunkt des sozialen Interessenkampfes soll sich auf die Bedingungen für die Aneignung der Kultur verlagern. Das wird dann »von selbst« auch eine andere Struktur des materiellen Verbrauchs nach sich ziehen. Die Unterordnung der kompensatorischen Bedürfnisse kann nur gelingen, wenn die Antriebe positiv auf viel weitergehende Perspektiven ansprechen.

Das kommunistische Produktionsziel ist die freie und reiche Individualität als reale Tatsache, die die ganze Art und Weise des gesellschaftlichen Zusammenhangs bestimmt. Sie findet ihr Maß in erster Linie in jener Qualität des individuellen Wissens, Fühlens und Verhaltens, die bei der gegebenen Kulturhöhe erfordert ist, um sich in eine aktive Beziehung zum sozialen Ganzen zu setzen.

Da die Gesetze des gesellschaftlichen Lebens das ganze Ensemble zum

42

Subjekt haben, sind alle Individuen unterentwickelt, denen die Umstände den Zugang zu dieser Ebene verwehren.

In zweiter Linie ist die freie und reiche Individualität auch an die Allseitigkeit der Betätigungen und Beziehungen gebunden. Zu verwirklichen sind also die Bedingungen für die Emanzipation von der vertikalen Arbeitsteilung schlechthin und von möglichst vielen Schranken der horizontalen Arbeitsteilung.

Um in diesem Sinne die objektiven Entfaltungsbedingungen der menschlichen Subjektivität nezugestalten, muß die Kulturrevolution vor allem eine Umverteilung der Arbeit in Gang setzen, nach dem Prinzip, daß alle gleichen Anteil an den Tätigkeiten auf den verschiedenen Funktionsniveaus leisten und daß die soziale Gleichgeltung der Ausführenden bei aller notwendigen Arbeit auf die einzig mögliche Weise verankert wird: keinen Menschen mehr in die Funktion einer bestimmten, beschränkten oder subordinierten Tätigkeit zu verwandeln. Alle Monopolisierung selbstentwicklungsgünstiger Tätigkeit muß fallen, wenn ihr Pendant, die vorprogrammierte Unterentwicklung anderer Individuen, und damit die letzte Form der Ausbeutung, überwunden werden soll.

Daraus folgt die Notwendigkeit, allen Menschen den unbeschränkten Zugang zu einer Gesellschaft und Künste, Natur und Technik umfassenden Allgemeinbildung höchster, »universitärer« Stufe zu eröffnen. Dies ist die Alternative zur Schichtdifferenzierung nach Bildungsgraden und zu sozial inkompetentem Spezialistentum jeder Art. Spezialisierung ist bedeutungsmäßig nach- und unterzuordnen. Gegen die gesamte vieltausendjährige Tradition patriarchalischer Leistungsgesellschaft muß die Kulturrevolution die Kindheitssituation, den Sozialisationsprozeß so gestalten, daß die überwiegende Mehrzahl der Heranwachsenden die entsprechende Entwicklungsfähigkeit und motivationale Bereitschaft bewahren und steigern kann.

Ein solcher Bildungsprozeß verlangt natürlich eine allgemeine Praxis, in der er sich vollziehen kann, vor allem den Wiedergewinn eines Gemeinschaftslebens auf der Basis autonomer, verschiedenartiger Gruppenaktivitäten, um die allein sich erfüllte menschliche Beziehungen kristallisieren können. Die Isolierung und

Vereinsamung der Menschen in den Einzelzellen der modernen Arbeits-, Schul-, Familien- und Freizeitwelt wird zur tiefsten Quelle sozialen Unglücks und sozialer Unfähigkeit.

43

Die entscheidende politische Bedingung ist die Vergesellschaftung gleich Demokratisierung des allgemeinen Erkenntnis- und Entscheidungsprozesses, sein Vollzug außerhalb und oberhalb jeglichen hierarchischen Apparats. Ohne eine politische Praxis vollständiger Freiheit zur Teilnahme an der Kommunikation über soziale Werte, Ziele und Wege gibt es keinen Fortschritt in der menschlichen Emanzipation mehr. Nur unter der Voraussetzung dieser Freiheit kann eine realisierbare ökonomische Strategie der Kulturrevolution erarbeitet werden. Denn die gesamte Ökonomik, das ganze Verhältnis von Produktion und Bedürfnis wie auch die informationelle Regelung des Reproduktionsprozesses umzuprogrammieren — das müßte zu verlustreichen sozialen Zusammenstößen führen, falls es nicht gelänge, immer neu die Übereinstimmung der Mehrheit herbeizuführen.

Wenn eine Gesellschaft so weit industrialisiert ist, daß sie ihren Mitgliedern die elementaren Bedürfnisse auf der erreichten Kulturstufe einigermaßen zuverlässig befriedigen kann, muß die ökonomische Planung allmählich, aber bestimmt, auf die Priorität der allseitigen Entwicklung der Menschen, auf die Vermehrung ihrer positiven Glücksmöglichkeiten umgestellt werden. Sowohl das Wachstum der Produktion als auch das Wachstum der Arbeitsproduktivität werden praktisch ihres Heiligscheins als unentrinnbare ökonomische Erfordernisse verlustig gehen. Damit wird nicht umgekehrt Nullwachstum zum Gesetz erhoben, sondern überhaupt das Kriterium, das Quantität von der ersten Stelle verdrängt. Der gesellschaftliche Zusammenhang soll nicht länger auf die inzwischen falsche Voraussetzung des Mangels, der Armut sich gründen. Es heißt, endlich aufhören, hier vom Spätkapitalismus bestimmen zu lassen, was Reichtum ist, was und wozu und wofür wir produzieren müssen und nach welchen Effektivitätskriterien das zu geschehen hat.

Eine sozialistische Gesellschaft wird ihren Individuen auch im Reich der Notwendigkeit einen allgemeinen Freiheitsspielraum für Selbstverwirklichung und Wachstum der Persönlichkeit bieten, und das heißt ökonomisch gesprochen, sie wird die Herrschaft der vergegenständlichten über die lebendige Arbeit beenden. Nicht mehr leben, lernen, verbrauchen, entspannen, genießen, um nur die Arbeitskraft für den nächsten Produktionszyklus wiederherzustellen. Die Planung muß beginnen nicht mit einer Arbeitszeitbilanz, sondern mit einer gesellschaftlichen Zeitbilanz schlechthin, mit dem Zeitbudget der Individuen für die Gesamtheit aller ihrer Lebensäußerungen. Sie muß entwicklungsfördernde Rahmenbedingungen für alle individuellen Zeitpläne

schaffen. Eine der wichtigsten anzusteuern Bedingungen ist eine Arbeitskraftreserve gegenüber dem Plan, eine vorgesehene Überkapazität an lebendiger Arbeit gegenüber der vorhandenen Maschinerie.

44

Ein sozialistisches Recht auf Arbeit würde etwas ganz anderes bezwecken als die Vollbeschäftigung mit entfremdeter Arbeit bis hin zu vorab eingeplanten Überstunden. Verkürzung der psychologisch unproduktiven Arbeitszeit, nicht identisch mit der Verkürzung der Arbeitszeit allgemein, ist heute die wichtigste Forderung.

Die Arbeitsorganisation muß sich den Bedürfnissen der Bildungspolitik anpassen und nicht primär umgekehrt. Es gilt, die bereits spontan in Gang gesetzte Produktion überschüssigen Bewußtseins noch aktiv zu forcieren, um mit voller Absicht einen Bildungsüberschuß zu erzeugen, den das wissenschaftlich-technische Fabrikssystem samt Überbau in seiner gegenwärtigen sozialen Verfassung nicht mehr auffangen kann, so daß der Angriff auf die alte Arbeitsteilung unvermeidlich wird.

Hand in Hand mit dem Aufbau einer anders gerichteten Motivationsstruktur wird eine Harmonisierung der wirtschaftlichen Tätigkeit möglich, durch Maßnahmen wie

Verlagerung der Prioritäten von der Ausbeutung der Natur durch die Produktion auf deren Einordnung in den natürlichen Zyklus, von der erweiterten auf die einfache Reproduktion, von der Steigerung der Arbeitsproduktivität auf die Pflege der Arbeitsbedingungen und der Arbeitskultur;

ferner dann die Entwicklung einer natur- und menschengemäßen Technik und Technologie, die Wiederherstellung der Proportionalität zwischen großer (industrieller) und kleiner (handwerksmäßiger) Produktion.

Die Beibehaltung der herrschenden Produktionsgewohnheiten würde zwangsläufig nicht nur die ökologische, sondern auch die psychologische Krise, die in der Paralyse der Arbeitsmotivation zum Ausdruck kommt, zuspitzen.

Wie kann sich die gesamtgesellschaftliche Organisation der Arbeit und des Lebens gestalten, wenn die alte Arbeitsteilung gebrochen wird? Damit die Menschen fähig werden, sich den allgemeinen Zusammenhang anzueignen, tatsächlichen Einfluß auf die soziale Synthesis auszuüben, muß man den von vornherein individualitäts- und initiative-feindlichen Typus zentralistischer SuperOrganisation aufgeben. Der gesellschaftliche Zusammenhang muß sich ja dem Zugriff der Individuen entziehen, wenn er so organisiert wird, daß lauter spezialisierte, nur an der Spitze zwingend koordinierte Zweigleitungen von oben nach unten durchgreifen und die zweckmäßige horizontale Kooperation und Kommunikation an der Basis illegalisieren.

45

Soll die reiche Individualität wirklich Produktionsziel sein, so muß eine Form der ökonomischen Regulation gefunden werden, die den Menschen konkrete individuelle Initiative und reale Gemeinschaftlichkeit sichert.

Die Lösung liegt in der Aufdeckung des föderativen Prinzips, das der bekannten Idee der freien Assoziation eingeschrieben ist und das zum Beispiel auch Marxens Option für die Kommuneorganisation bestimmt hat. Die Grundeinheiten der vereinigten Arbeit und des gesellschaftlichen Lebens müssen relativ autonome souveräne Zusammenfassungen auf territorialer Basis sein, denen die Eigenschaft des sozialen Mikrokosmos zukommt. Eine solche kommunale Organisation könnte auch der Rahmen sein, um die vereinsamende Trennung der Arbeits-, Wohn- und Bildungssphäre abzubauen, ohne dabei alte Beschränktheiten, Abgeschlossenheiten, lokale Zwänge wiederzubegeben. Insbesondere böte sie auch Raum für Wohngemeinschaftsformen, in denen ich die ökonomische Grundlage der Frauenemanzipation und eine Bedingung für die tiefgreifende Sicherung voller Bildungsfähigkeit und Lernmotivation der Kinder, für ihren Schutz gegen die mit der Kleinfamilie unabwendbare Gefahr primärer Neurotisierung sehe.

Gesellschaftsorganisation nach dem Kommuneprinzip bedeutet Unterordnung (keineswegs gleichzusetzen mit Beseitigung) der hierarchischen Regelung. Sie bedeutet Koordination statt Subordination der Menschen in bezug auf ihre verschiedenen Betätigungen. Und sie bedeutet Assoziation dieser verschiedenen unterfunktionellen Verbände zu komplexen, aber infolge der territorialen Struktur noch überschaubaren Einheiten, die den Lebensprozeß in seiner Allseitigkeit umfassen und an denen keine Entscheidungslinien vorbeiführen. Die Kommunen, die natürlich an gewissen Punkten im Rahmen planmäßiger gesamtgesellschaftlicher Arbeitsteilung spezialisiert sind, assoziieren sich selbst zur nationalen Gesellschaft. Zwischen den Nationen dringt bereits im gegenwärtigen Völkerrecht der Assoziationsgedanke durch, nicht etwa die abscheuliche Idee einer hyperbürokratischen Weltregierung.

Die Vermittlung zur jeweils höheren Einheit mag vollzogen werden durch von der Basis gewählte Delegierte. Die Kontrolle gegen überschüssige Sonderinteressen kann man sichern durch Herstellung voller Öffentlichkeit des Informationsflusses und durch die Garantie eines wirklichen individuellen Rechts und einer individuellen Pflicht zur Aufdeckung institutioneller Manipulationen anstelle der bisher üblichen bürokratischen Vergatterung.

46

So kann man sich, in äußerster Verkürzung dargestellt, die Ordnung denken, in der die Bedingungen realer Freiheit zusammenfallen mit denen realer Gleichheit und Brüderlichkeit. Der Kommunismus ist nicht nur notwendig, er

ist auch möglich. Ob er wirklich wird, das muß im Kampf um seine Bedingungen entschieden werden.

VI

Schließlich komme ich auf die politischen Perspektiven zu sprechen. Was kann eine kommunistische Opposition für die Verwirklichung ihrer Absichten hoffen? Selbstverständlich frage ich zunächst für jene Minderheit existentiell engagierter Menschen, die ihre Hoffnungen nicht an augenblickliche politische oder gar geheimpolizeiliche Konjunkturen gehängt haben und nicht auf sichere Erfolgszinsen spekulieren.

Im Jahre 1922 erschienen in München nachgelassene Studien Karl Liebknechts, in denen er unter anderem auf den Slogan von Politik als der Kunst des Möglichen reagiert. Ich zitiere:

»Das äußerst Mögliche ist nur erreichbar durch das Greifen nach dem Unmöglichen. Die verwirklichte Möglichkeit ist die Resultante aus erstrebten Unmöglichkeiten. Das objektiv Unmögliche wollen, bedeutet also nicht sinnlose Phantasterei und Verblendung, sondern praktische Politik im tiefsten Sinne. Die Unmöglichkeit der Verwirklichung eines politischen Ziels aufzeigen, heißt mitnichten seine Unsinnigkeit beweisen, höchstens die Einsichtslosigkeit der Kritikaster in die gesellschaftlichen Bewegungsgesetze, besonders in die Gesetze der gesellschaftlichen Willensbildung. Die eigentliche und stärkste Politik, das ist die Kunst des Unmöglichen.«

Das Unmögliche bedeutet hier die Summe alles dessen, was je für sich genommen in der Tat »nicht geht«, sondern nur bei einer Umwälzung im Ganzen, wie sie der wohlangepaßte gesunde Menschenverstand gewöhnlich nicht zu denken wagt.

Die kommunistische Alternative zielt auf eine Umwälzung bis in die Tiefenschichten der Kultur. Sie lebt keineswegs von der naiven Illusion, die Opposition müßte nur die Macht in die Hände bekommen, damit sich die Geschichte von stundan auf andere Bahnen bewegt. Mit der Kulturrevolution kann man die Gesellschaft nicht überrumpeln wie mit einem Staatsstreich. Unmittelbar strebt die Opposition überhaupt nicht nach der Macht, sondern im Vertrauen auf das langfristige Anwachsen ihres Einflusses nach der Möglichkeit öffentlicher, ungehinderter Selbstverständigung, eigener Organisation und Propaganda.

47

Eine Phase offener Auseinandersetzung zwischen ihr und dem offiziellen Pharisäer- und Schriftgelehrentum ist unerläßlich. Unter der politbürokratischen Vormundschaft können die Massen nicht zur Vernunft

kommen. Die sogenannte Unreife der Menschen ist je länger je mehr das Produkt der Apparatherrschaft, wenn sie zuerst eine ihrer Ursachen war. Das kulturevolutionäre Programm richtet sich, als eine Art moderner Umkehrideologie, gegen die massenhaften Gewohnheiten, die auf der Linie spontaner Anpassung an die kapitalistische Zivilisation liegen. Wahrscheinlich wird es nach einem ersten antibürokratischen Aufschwung eine ähnliche Reaktion geben wie nach der Bergpredigt des Neuen Testaments, wo es heißt, das Volk entsetzte sich über solche Lehre. Mit diesem Trägheitswiderstand müssen wir rechnen. Er beruht auf der wechselseitigen Ergänzung von Bürokratismus und Subalternität. Diesen Konnex zu zerreißen, ist eben der Zweck einer geduldigen Politik zur Neutralisierung der kompensatorischen Interessen.

Es gibt in der Parteiintelligenz und in ihrem Umkreis viele, denen moralisch an dem Nachweis gelegen ist, man könne »nichts machen«, während sie rhetorisch das Fehlen tragfähiger Alternativen beklagen. In Aitmatows Erzählung »Abschied von Gülsary« sagt der Held seinem ältesten Freund: »Irgendwann hast Du aufgehört, Kommunist zu sein.« Wer aber tatsächlich nur in seiner Überzeugung entmutigt ist, möge sich an das Lob der Dialektik erinnern: »Das Sichere ist nicht sicher, so wie es ist, bleibt es nicht.«

Man muß nur wagen, sich selbst einige radikale Fragen zu stellen: Wie lange noch versteht sich von selbst jener perspektivlose »ökonomische Wettbewerb« um Ausstoß und kapitalkonforme Produktivität, dem wir alles andere opfern? Oder: Woran liegt es, daß man die Individuen vornehmlich finanziell zur Arbeit anreizen und restriktiv kontrollieren muß? Und: Ist es wirklich unmöglich, über die diplomatische Mitwirkung an dem sogenannten Gleichgewicht der Abschreckung hinauszukommen? Was sind das für Interessen, die uns hindern, den westlichen militärisch-industriellen Komplex mit einer faktischen Eskalation der Abrüstung unter Druck zu setzen? Auch die Frage: Erweist sich die politbürokratische Apparatherrschaft in der Sowjetunion nicht mehr und mehr als prominenter Teil der Weltreaktion, zumal ihre Funktion, nationale Befreiungsbewegungen zu unterstützen, mit der gegenwärtigen Endphase in Südafrika auslaufen wird? Und: Woher können noch Gruppen gegen einen sowjetischen Dubcek kommen? Alle diese politischen Fragen sollten neu durchdacht werden.

48

Nehmen wir nur die militärpolitische Situation. Jede wirkliche Abrüstungsinitiative setzt heute voraus, daß die progressiven Kräfte in beiden Blöcken die machtpolitischen Komplexe koordiniert unter Druck setzen und der Feindbildpflege ein Ende machen. Gesellschaftliche Veränderungen sowohl in den kapitalistischen als auch in den nichtkapitalistischen Ländern Europas sind

die Vorbedingung, um das reaktionäre Universum der Rüstungsplaner und Abrüstungsdiplomaten zu sprengen und eine Eskalation beiderseitiger Abrüstung in Gang zu bringen. Natürlich müssen die Streitkräfte während eines politischen Machtwechsels zunächst uneingeschränkt funktionsfähig bleiben, wie es sich ja 1968 in der CSSR als durchaus möglich erwies. Aber dann geht es um eine politische Offensive für den Ausbruch aus dem supermilitaristischen Hexenkessel, in dem sich das Befreiungsstreben der Menschheit totläuft.

Das Kräfteverhältnis zwischen emanzipatorischen und Apparatinteressen tritt politisch viel ungleichgewichtiger in Erscheinung, als es sozialökonomisch tatsächlich ist. Die Ursache besteht einfach darin, daß die subalterne Verhaltenstendenz ihrem Wesen nach durchgängig institutionalisiert wurde, während die Individuen in ihren menschlichen Interessen vorsorglich atomisiert gehalten, darüber hinaus polizeilich an entsprechender politischer Artikulation und Organisation gehindert werden.

Deshalb kann eine kommunistische Opposition auf den ersten Blick aussichtslos erscheinen. Aber die Ironie der Geschichte will es, daß Apparate, die bisher noch mit jeder kommunistischen Ketzerei fertig wurden, angesichts der neuen, anscheinend so unqualifizierten Herausforderung durch Bürgerrechtsbewegungen wie nie zuvor um guten Rat verlegen sind. In Wirklichkeit ist das eine ganz neue, günstige Situation für kommunistische Oppositionen. Allerdings müssen wir uns von dem alten orthodox-marxistischen Sektierertum freimachen.

Wir können den Weg nicht lernen von jener Opposition, die einst bei wachsender eigener Irritation den Kampf gegen den Aufstieg der stalinistischen Despotie verloren hat. In einer bestimmten Phase der Ablösung von der Apparatherrschaft hat jeder revolutionäre Kommunist nach 1917 trotzkistisch empfunden. Aber diese Position ist tatsächlich historisch aussichtslos. Nicht alte Normen wollen wir wiederherstellen, sondern neue Normen schaffen. Wir sind nicht mehr auf innerparteiliche Konstellationen angewiesen, sondern müssen uns bewußt auf die breiten gesellschaftlichen Kräfte stützen, die der politischen Polizei, naiv und schlau zugleich, Verfassungstexte und UNO-Resolutionen unter die Nase halten.

49

Wir haben uns nicht mit der Richtung beispielsweise Sacharows zu identifizieren, und ein Solschenizyn steht uns geradezu konträr. Aber es ist nicht unser Hauptanliegen, uns zu distanzieren, während wir positiv für unseren eigenen Standpunkt werben. Die Beseitigung der politbürokratischen Diktatur ist das erste Gebot!

Heute gibt es selbst in der Sowjetunion schon eine — wenn auch noch schwache und zerstreute — neue kommunistische Opposition, repräsentiert

etwa durch Menschen wie die Brüder Medwedjew. Es gibt sie seit anderthalb Jahrzehnten in Ungarn, wo sie angestrengt wissenschaftlich arbeitet und eine Viertellegalität genießt. Es gibt sie unbeirrt in der Tschechoslowakei. Hier hat sie sich nur taktisch auf die Verfassungsfragen zurückgezogen, um von dort aus den Kampf um ihre Legalität aufzunehmen, die in der Tat das unmittelbarste Kampfziel ist. Sie wächst in Polen, wo sie Verbindung zu den Arbeitern anstrebt und in letzter Zeit eine beträchtliche Breite und Organisiertheit erreicht hat. Und sie formiert sich neuerdings auch in der DDR.

Es existiert heute in allen osteuropäischen Ländern ein erhebliches marxistisches Potential. Immer mehr Kommunisten beginnen bewußt zweigleisig zu arbeiten (nicht mehr bloß zweigleisig zu denken — das ist auch psychologisch eine ganz andere Qualität). Der Apparat findet in diesen Kreisen auf das Dutzend keinen Judas mehr, kaum noch einen unter Zwölf mal Zwölfen. Die ideologische Ohnmacht der alten Mächte ist seit 1968 geschichtsnotorisch. Sie stehen einer Kirche vor, an die kaum noch jemand glaubt. Und sie sind nicht mehr diskussionsfähig. Was sie noch verlautbaren, ist hoffnungslos abgenutzt, ist gemessen an marxistischen Minimalansprüchen an das intellektuelle Format einer Führung unter dem Niveau aller Kritik. Nur die Abwehrmechanismen funktionieren noch. Produktive Reaktionen werden nicht mehr gefunden. Sie bleiben einstweilen an der Macht, aber einzig aufgrund polizeilicher Repression und latenter militärischer Intervention.

Das Jahr 1968 war und bleibt ein wesentlicher Einschnitt. Einmal in den 60 Jahren seit der russischen Oktoberrevolution sind die Kräfte, die nach einer neuen Organisation der nichtkapitalistischen Industriegesellschaft drängen, voll in das Licht der Geschichte getreten. Spätestens damals in der Tschechoslowakei wurde offenbar, daß es im real existierenden Sozialismus generell einen progressiven Interessenblock gegen die Apparatherrschaft gibt. Mehr noch, es wurde klar, daß die Mehrheit der aktiven Parteimitglieder auf einen Aufbruch zu neuen Ufern wartet. Letztlich wurde in Prag und Bratislava nichts Geringeres nachgewiesen als die Lebensfähigkeit unserer Gesellschaftsordnung ohne politbürokratische Diktatur.

50

Mit dem Schlagwort von der Konterrevolution meinte die Reaktion stets in erster Linie die konsequente Reformpolitik selbst. Es ist und bleibt das größte politische Verbrechen der sowjetischen Führung nach dem II. Weltkrieg, die Völker Osteuropas, einschließlich des eigenen Landes, und die gesamte fortschrittliche Menschheit um die unersetzlichen Erfahrungen gebracht zu haben, die mit dem Ausreifen des tschechoslowakischen Experiments gewonnen worden wären. Die deutschen Kommunisten haben es noch vor sich, der Bevölkerung der Tschechoslowakei in aller Form ihre Distanzierung von

der Mitwirkung an diesem Akt internationaler politbürokratischer Reaktion anzutragen.

Die tschechoslowakischen Erfahrungen bleiben hoffnungsvoll, besonders wenn man bei ihrer Bewertung den nationalen Rahmen überschreitet. Sie verweisen die Opposition darauf, langfristig die politische Hegemonie im Rahmen des ganzen sowjetischen Blocks anzustreben. Maßgebend sind nicht die nationalen Unterschiede und Animositäten, maßgebend ist der fundamentale Widerspruch zwischen den sozialen Interessen aller Völker Osteuropas und den Interessen ihrer politischen Bürokratien. Die Völker der Sowjetunion brauchen ebenso wie die Völker Polens, Ungarns, usw. eine neue politische Lebensordnung.

In den letzten Jahren hat sich die strategische Position der Apparate noch bedeutend verschlechtert. Sie werden nicht fertig mit den Konsequenzen der Konferenz von Helsinki, auf die sie sich einlassen mußten, um die ökonomische Kooperation mit dem Westen zu sichern. Und noch größer ist die Gefahr, die auf der Berliner Konferenz der europäischen kommunistischen Parteien sichtbar wurde, weil es hier um die Stabilität im Zentrum der Apparatherrschaft geht. Die Wahrheit ist, daß der sogenannte Eurokommunismus den Geist der Spaltung in die osteuropäischen Parteien hineinträgt, auch in das Personal ihrer Apparate bis hinauf zu den Politbüros.

Wie jeder weiß, ist die Form des politischen Überbaus, mit dem die antikapitalistischen Umgestaltungen in Osteuropa nach 1945 durchgesetzt wurden, den Völkern dieser Region oktroyiert worden. Sie ist weder nach Substanz noch nach Gestalt noch nach dem Zeitpunkt die Konsequenz ihrer eigenen, nationalen Entwicklung. Der Export des sowjetischen Modells hatte ursprünglich trotz allem eine progressive Bedeutung. Es war die antikapitalistische Lösung, die wir haben konnten. Die geschichtliche Situation hielt nicht etwa eine bessere Lösung für Osteuropa bereit.

51

Heute jedoch besteht die Rolle der nachstalinistischen Apparatherrschaft in der Sowjetunion gegenüber Osteuropa darin, die Völker daran zu hindern, in der ihnen gemäßen Form zum Sozialismus voranzuschreiten. Sie werden dadurch in der fernerer Folge einer politischen Restauration in die Arme getrieben. Der zunehmende Nationalismus — und das heißt konkret »Antisowjetismus« — in den osteuropäischen Ländern hat soweit eine progressive Funktion, wie er sich gegen die Fesseln richtet, die die Hegemonie des sowjetischen Apparats ihrer inneren Entwicklung anlegt.

Das Wesen des Souveränitätsproblems, sein springender Punkt, besteht für die osteuropäischen Völker in der Notwendigkeit, den eigenen sozialistischen Fortschritt weitestgehend von der andersgearteten und für sie zu langsam sich wandelnden inneren Situation in der Sowjetunion unabhängig zu machen. Denn

sie brauchen jetzt nicht nur — wie die Sowjetunion auch — schlechthin eine Neuanpassung des Überbaus an die weitaus entwickelteren Produktivkräfte, sondern zugleich die Wiederherstellung der nationalen Kontinuität hinsichtlich der Art der gesellschaftlichen Institutionen.

Sobald es praktisch einen westeuropäischen Weg zum Sozialismus gibt, wird der politische Prozeß in Osteuropa nicht nur verstärkt auf eine unabhängigere Außenpolitik, sondern vor allem auf die bisher unterdrückte institutionelle Reform zusteuern. Eine Reaktion gegen den bestehenden Zustand ist unvermeidlich. Die Kontinuität des nichtkapitalistischen Weges und die Stabilität des europäischen Friedens erfordern, daß sich die Kommunisten rechtzeitig darauf einstellen, dieser Wende eine konstruktive und allmähliche Form zu geben.

Die osteuropäischen Völker wollen mit Sicherheit politische Verfassungen aus jenem Geist, den Berlinguer, Marchais, Carillo und andere auf der Berliner Konferenz vertreten haben. Wenn der sowjetische Überbau unfähig sein sollte, sich einem demokratischen Übergangsprozeß zum Sozialismus in Italien, Frankreich, Spanien anzupassen, würde die Sowjetunion höchstwahrscheinlich ihre westliche Peripherie verlieren — völlig verlieren, denn in ihrem heutigen Status minderer Souveränität ist sie auf keinen Fall zu halten. Aus der Sicht der wohlverstandenen sowjetischen Zukunftsinteressen, die sich die dortige Opposition zu eigen machen wird, geht es gerade darum, die osteuropäischen Länder präventiv zu entlasten und sie so in ihrer Funktion als zuverlässige Partner der ökonomischen Kooperation und freiwilligen Integration zu bestärken.

52/53

Ein serviler »proletarischer Internationalismus«, wie er von den Tribünen der letzten SED-Parteitage zu vernehmen war, gefährdet wegen der anti-sowjetischen Stimmungen, die er provoziert, die langfristigen Bündnisinteressen viel mehr als ein zweitweilig etwas überkompensierender Nationalkommunismus wie in Rumänien. Die Sowjetunion könnte den osteuropäischen Völkern Gelegenheit geben, die wirklichen Vorteile des Bündnisses, insbesondere seine äußerst weitreichenden ökonomischen Perspektiven, zu erkennen.

Für die sich formierende Opposition kommt es jetzt darauf an, eine den spezifischen Bedingungen im real existierenden Sozialismus adäquate, möglichst allseitige und strategisch entscheidende Gegenposition aufzubauen, um der Politbürokratie später die offene geistige und politische Schlacht aufzwingen zu können. Nachdem die Apparate anerkennen mußten, daß es zwischen den Parteien unterschiedliche Standpunkte zu ganz entscheidenden Problemen geben kann, werden sie sich mit der Forderung konfrontiert sehen,

das Gleiche für das innere Leben ihrer Parteien und Länder anzuerkennen. Sie möchten eine Art Augsburger Religionsfrieden: Cuius regio, eius religio — wessen Land- oder Herrschaft, dessen Religion — hieß es damals. Dieser Kurs der Abschirmung und Abgrenzung gegen die neuen Ideen muß aktiv durchkreuzt werden. Fort mit der Nichteinmischungsmentalität in ideologische Angelegenheiten!

Noch hat der Apparat einigen Erfolg mit seiner erprobten Taktik, jeder grundsätzlichen Kritik die Artikulation in der eigenen Gesellschaft unmöglich zu machen und zugleich ihr Lautwerden außerhalb der Bannmeile als Beweis ihres Außenstehens auszugeben. Die Opposition soll die Wahl haben, entweder zu schweigen — und das hieße, politisch nicht vorhanden zu sein — oder »dem Feind zu dienen«. Wie leicht zu erkennen ist, handelt es sich hier um einen Effekt, den die Diktatur selbst macht, weil ihr dringend daran gelegen sein muß, die geäußerten inneren Widersprüche zu verfremden. Wir haben es in diesem Punkt mit der letzten ideologischen Sicherung der politbürokratischen Vormundschaft über die Gesellschaft zu tun. Setzen wir uns darüber hinweg und ziehen wir rücksichtslos den Trennstrich zwischen unserer Loyalität zur nichtkapitalistischen Basis und der Loyalität zu ihrem überholten Überbau!

Es ist außerordentlich wichtig, alle Möglichkeiten der Kommunikation im eigenen Lande zu nutzen und möglichst ein eigenes Netz dafür aufzubauen. Doch man darf sich auch nicht scheuen, im politischen Kampf die Technik des anderen Machtblocks auszunutzen. Wem gehörte der plombierte Waggon, der Lenin aus der Schweiz nach Rußland brachte, und wer gab das grüne Licht für diese Fahrt? Entscheidend blieb, was der »deutsche Spion«, wie die Verleumder ihn danach nannten, in Petrograd aus der Tasche zog. Damals waren das die berühmten Aprilthesen, die strategischen Richtlinien für den Weg zum Oktober.

53/54

In den zurückliegenden Jahren haben sich auch die inneren, subjektiven Bedingungen für eine effektivere Formierung der oppositionellen Elemente verbessert. Die erste nicht mehr durch den Krieg geprägte Generation tritt in das politische Reifealter ein. Offenbar nimmt die Bereitschaft zum Wagnis der sozialen Sicherheit, nimmt der Drang zu, der Umwelt das wahre Gesicht zu zeigen. Wer sich solange oppositionell fühlt, bis das Zentralorgan der Partei ihm einen Nachruf für treue Dienste widmen kann, wäre eben nicht gewesen, wofür er sich so lange gehalten hat.

Woran es noch mangelt, ist die Initiative zur Sammlung, zum Zusammenschluß für den bewußten zielstrebigsten Kampf. Die herrschenden Verhältnisse schreiben den Weg direkt vor.

Da wir uns — soweit wir der Partei angehören — als regulär ausgeschlossen betrachten müssen, sobald wir uns auf einer eigenen Plattform vereinigen,

müssen wir in der Organisationsfrage auf die allgemeinen Bürgerrechte zurückgreifen. Die Verfassungstexte versprechen Versammlungsfreiheit und — zumal an öffentliche Räume zunächst ohnehin nicht zu denken ist — die Unverletzlichkeit der Wohnung. Die Zeit ist reif, um Menschen, die sich engagieren wollen, ohne allzuviel Konspiration, vielmehr mit Wissen und unter dem Schutz einer bestimmten interessierten Öffentlichkeit zusammenzuführen. Gewiß wird es sich zunächst um vorwiegend theoretisch-ideologische und propagandistische Aktivitäten handeln, noch nicht um eine Massenbewegung.

Ein Anfang muß aber gemacht werden.

Die Aussicht einer innerparteilichen Machtverschiebung, für die durchaus viele historische Erfahrungen sprechen, kann nicht länger allein auf dem Wege des langen Schleich- und Schweigemarsches durch die Institutionen verfolgt werden. Der Kern der neuen Vereinigung kann nur außerhalb der bestehenden Struktur liegen. Abgesehen von den zu erwartenden Ausschlüssen haben die Brennpunkte einer neuen, veränderten Bewußtheit ihren Ort objektiv nicht im Bannkreis des parteioffiziellen Besserwissens und der apparativen »Machbarkeit«. Wir sollten den Apparat daran gewöhnen, einer offenen Opposition ins Gesicht zu sehen. Er wird zweifellos mehr als eine Methode der Unterdrückung ausprobieren, aber die Umstände werden ihm nicht erlauben, zu den äußersten Mitteln zu greifen. Sobald er auf den Entschluß einer auch nur kleinen Gruppe von Menschen trifft, eher auf Familienleben, Wohlstand und Wohlgelittensein zu verzichten als auf einen übergeordneten Zielhorizont, muß die ganze Abwehrmaschinerie kläglich versagen.

Die »Organe« werden zum Beispiel nicht allzu lange fortfahren können, Kommunisten auszuweisen, die von den revolutionären und fortschrittlichen Kräften der übrigen Welt eindeutig als verantwortungsbewußte, völlig in den realsozialistischen Verhältnissen verwurzelte Menschen angesehen werden. Überhaupt werden Repressalien den Prozeß jetzt eher beschleunigen, nicht nur, weil sie die internationale Solidarität auf den Plan rufen. Auf etwas längere Sicht werden wir unsere Legalität und öffentliche Präsenz als kommunistische Opposition durchsetzen.

Es gibt manche Anzeichen, daß sich der Zug der Geschichte zur nächsten Station in Bewegung setzen möchte. Wann das sein wird, ist nicht unabhängig von subjektiven Entscheidungen. Vielmehr kommt es gerade auf eine kritische Masse individueller Impulse an. Wenn es heute in allen osteuropäischen Ländern zahlreiche Menschen gibt, die trotz der sicheren Aussicht auf jahrelange Unannehmlichkeiten Ausreiseanträge stellen, dann ist es für die kommunistische Minderheit an der Zeit, sich dafür zu exponieren, daß sich hier, in den Ländern des real existierenden Sozialismus, das Leben gründlich ändert.

54-55

#